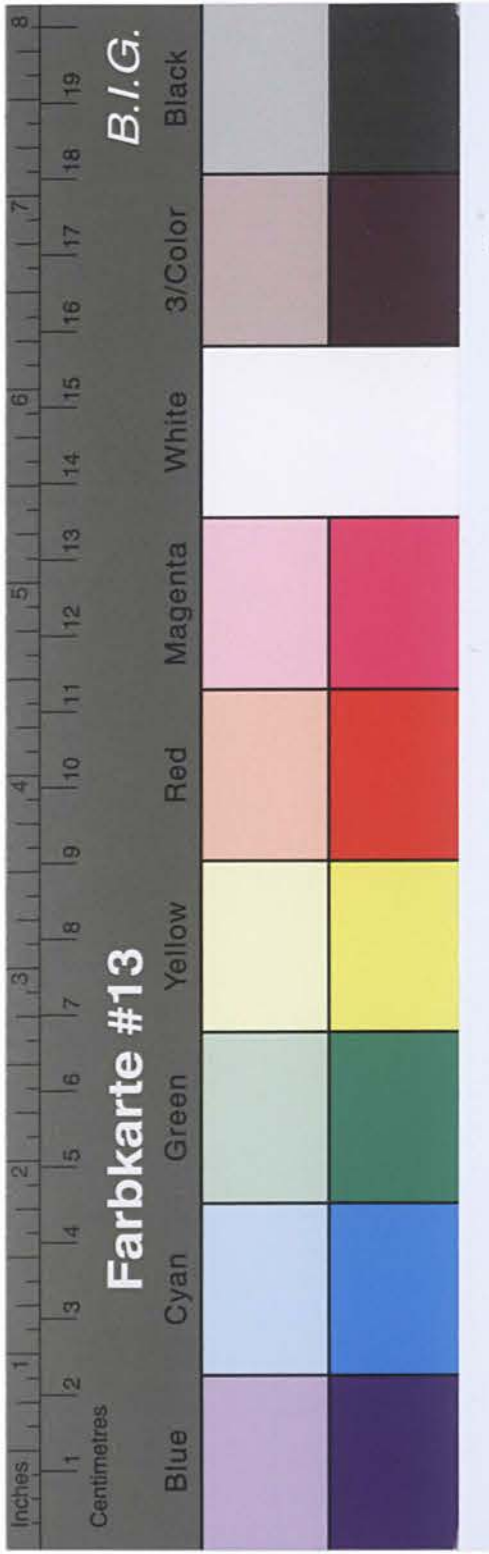
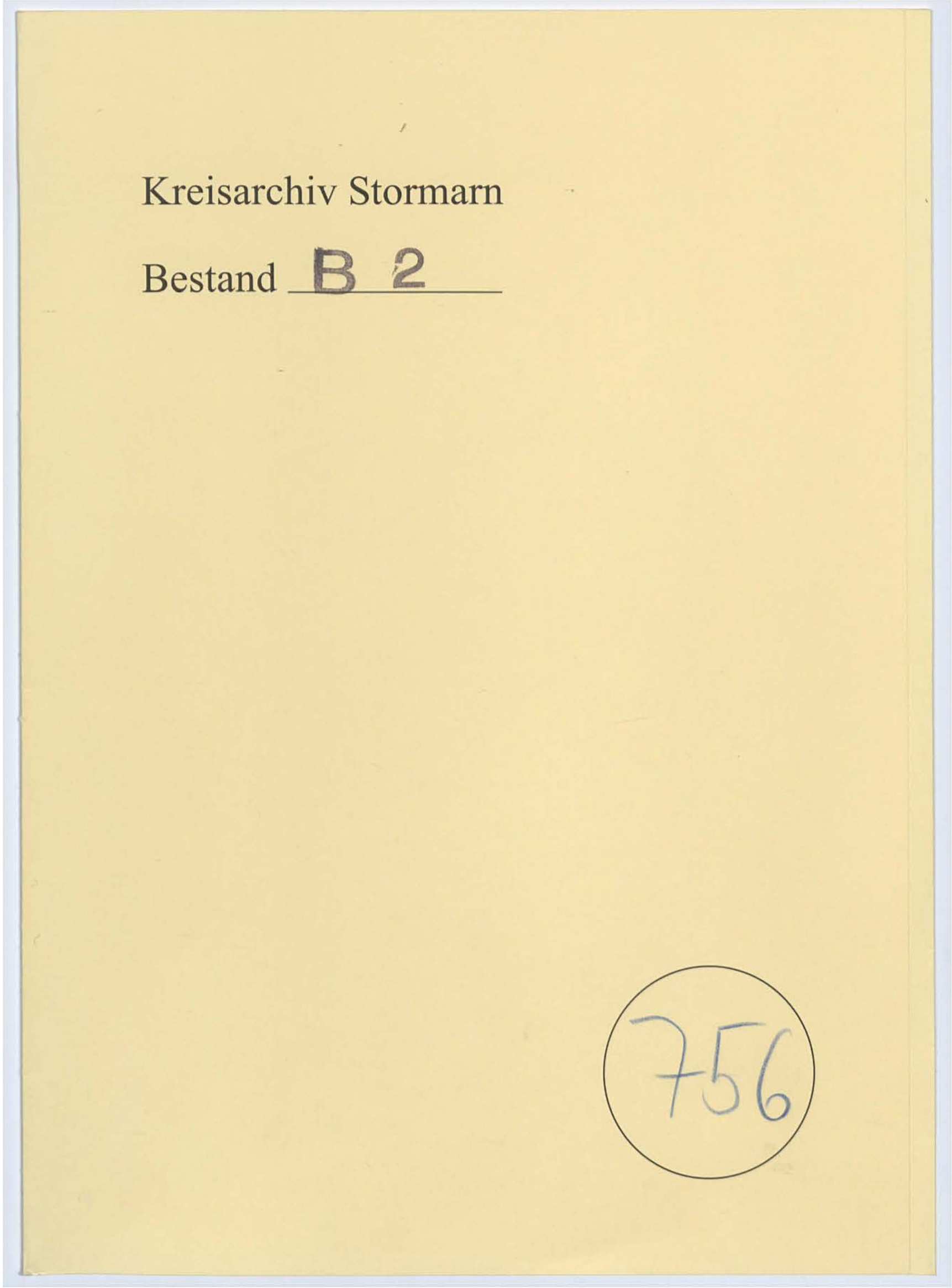
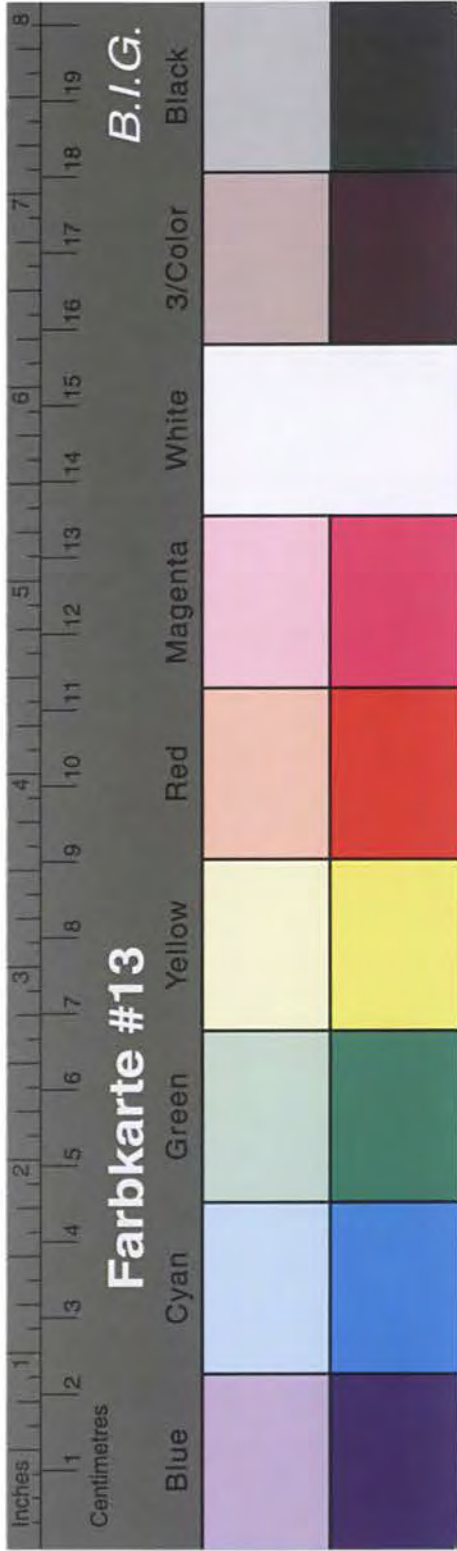




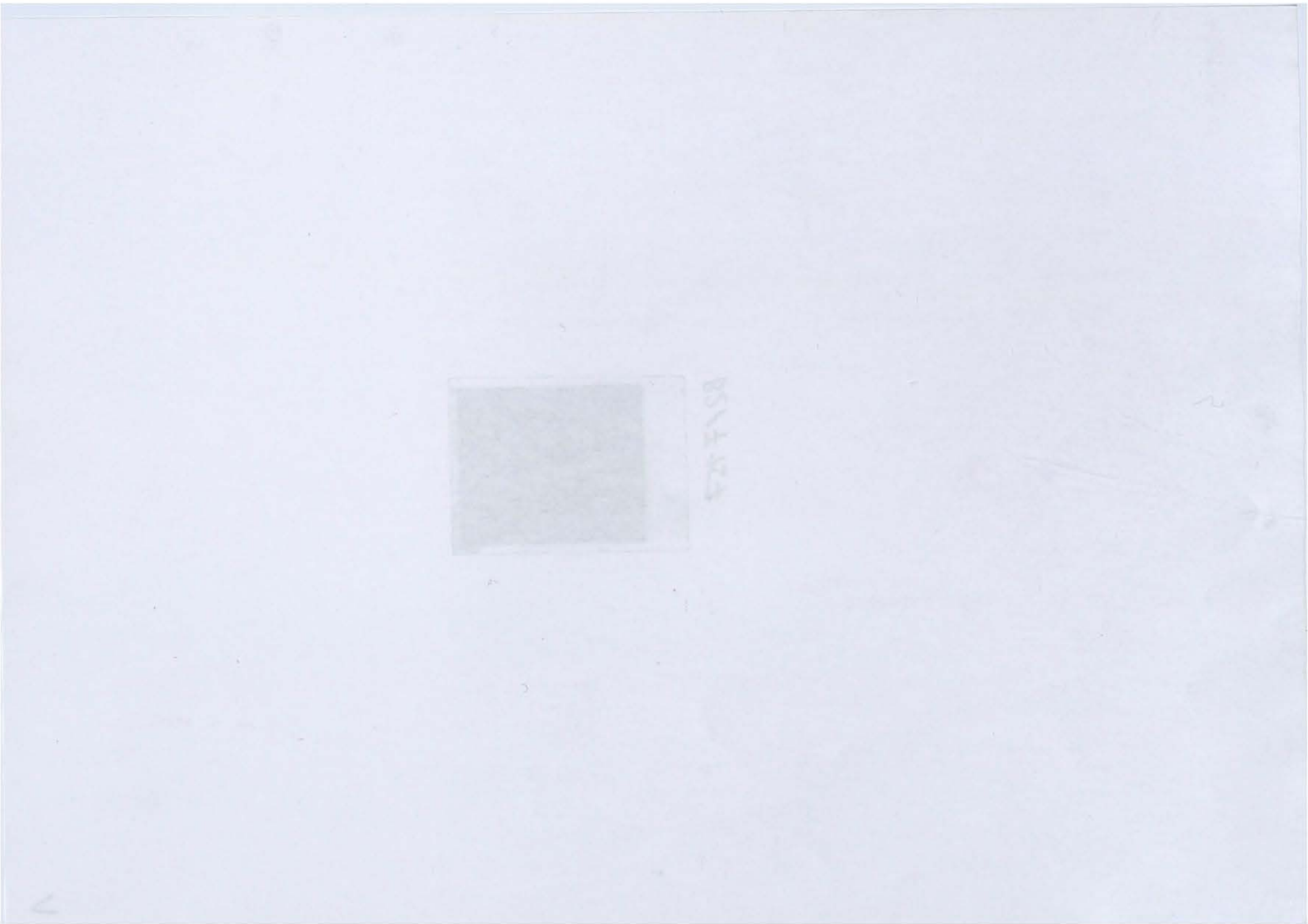
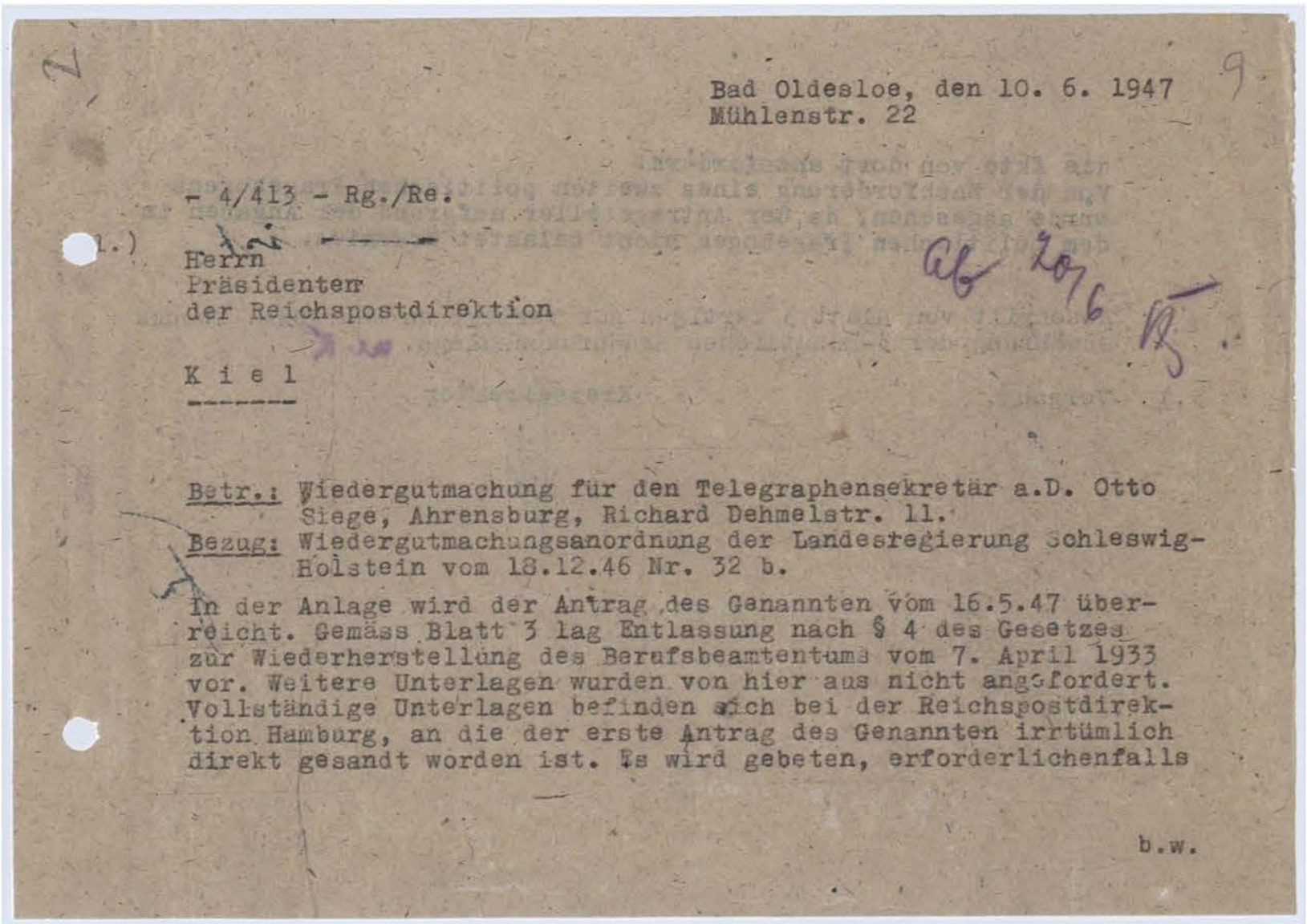
Kreisarchiv Stormarn B2





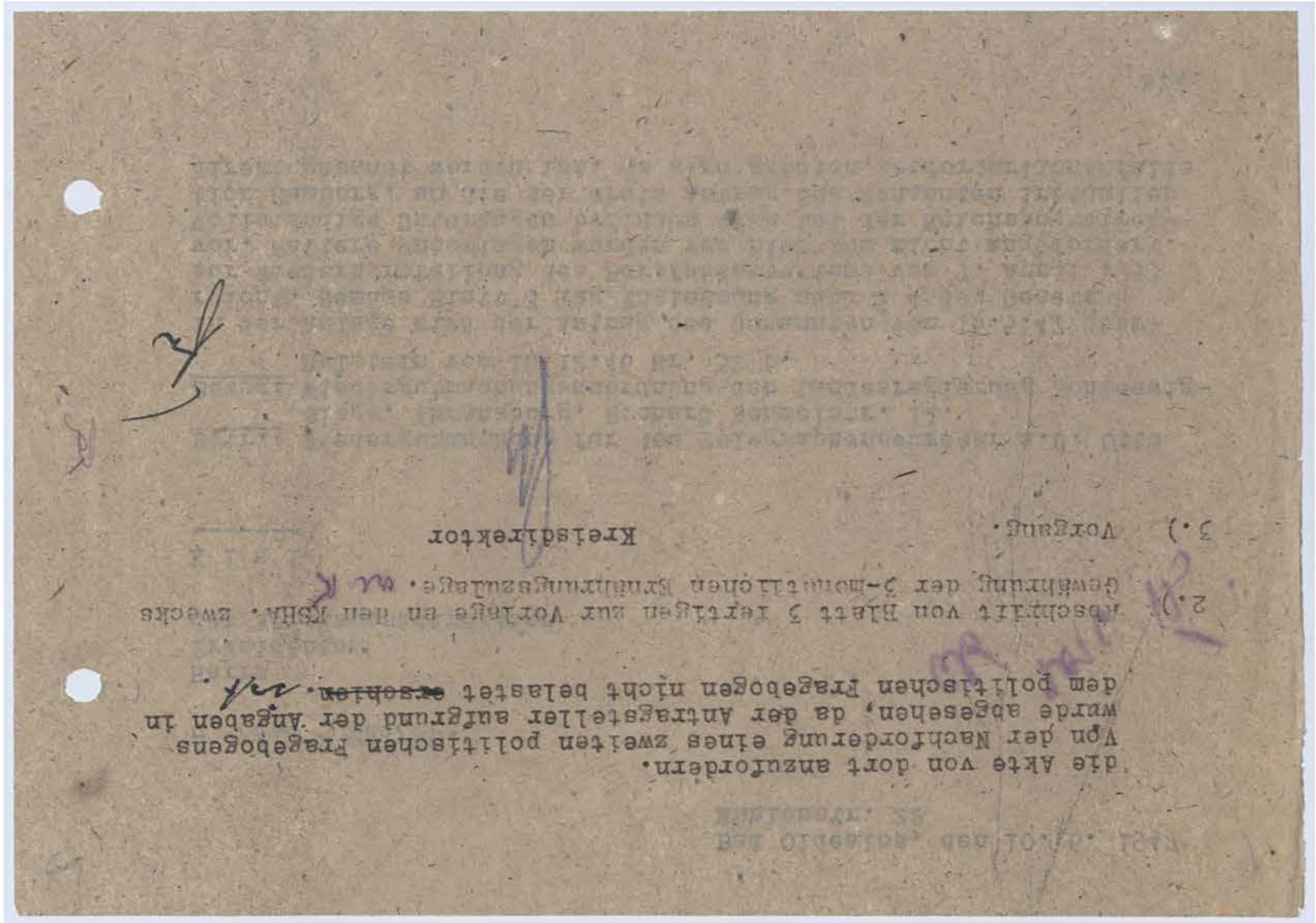
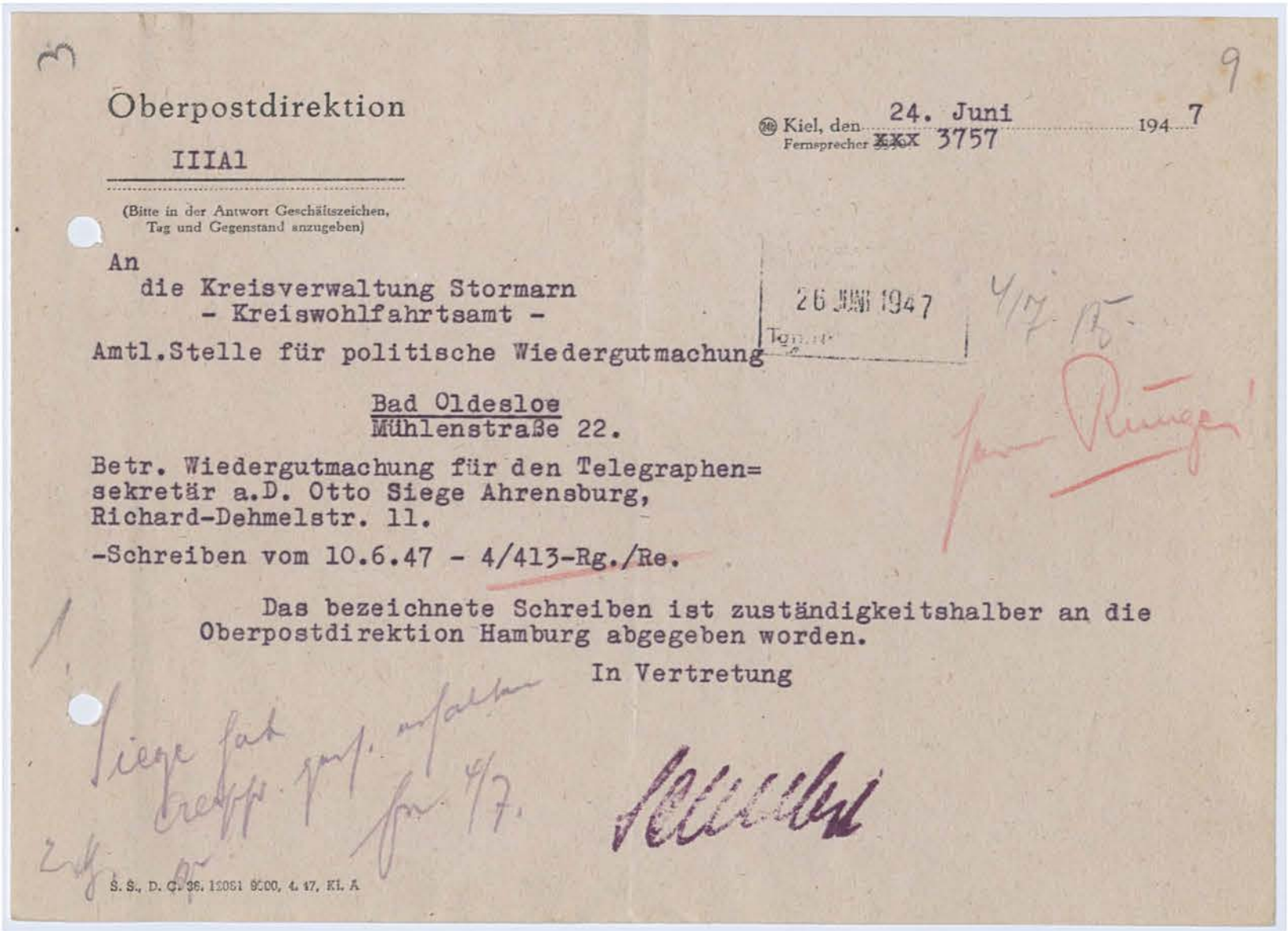
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Preisverwaltung
— Kreiswohlfahrtsamt —
Amtl. Stelle für politische
Wiedergutmachung
— 4/406 —

Bad Oldesloe, den 6.5.1947 18
Mühlenstr. 22

Rg./Rs.
Herrn
Otto Siege
A h r e n s b u r g
Richard-Dehmelstr. 11

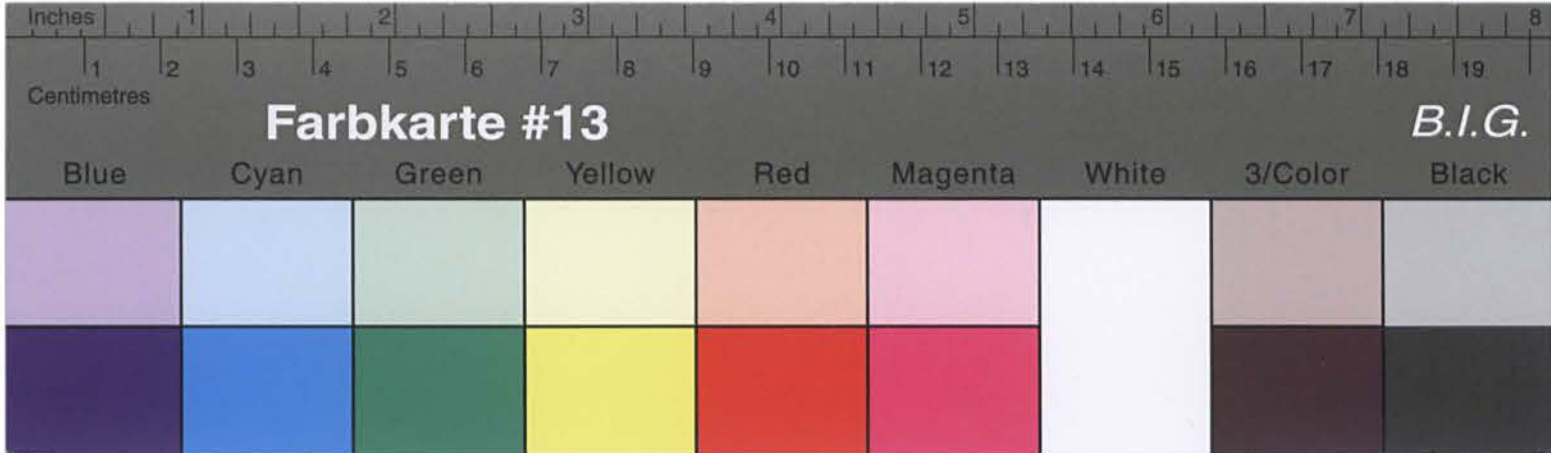
Id Beantwortung Ihres Schreibens vom 5.5.47 wird mitgeteilt, dass die Ablehnung des Kreissonderhilfeausschusses in Ihrem Falle nicht als Gemassregelter nach § 4 des Beamtengesetzes, sondern als ehem. pol. Häftling mit einer zu kurzen Haftdauer erfolgte. Für die Gemassregelten nach § 4 des Beamtengesetzes wird die bekanntgegebene befristete Ernährungszulage ohne weiteres ausgegeben und durch den Kreissonderhilfeausschuss bewilligt, wenn der Antragsteller längere Zeit arbeitslos war und durch keinerlei Bindungen zur NSDAP bzw. ihren Gliederungen belastet ist. Ein Rechtsmittel gegen den Ablehnungsbescheid des Kreissonderhilfeausschusses ist innerhalb 14 Tagen nach Erhalt des Bescheides bei

IN VERLEHUNG
Herrn
Otto Siege
A h r e n s b u r g
Richard-Dehmelstr. 11

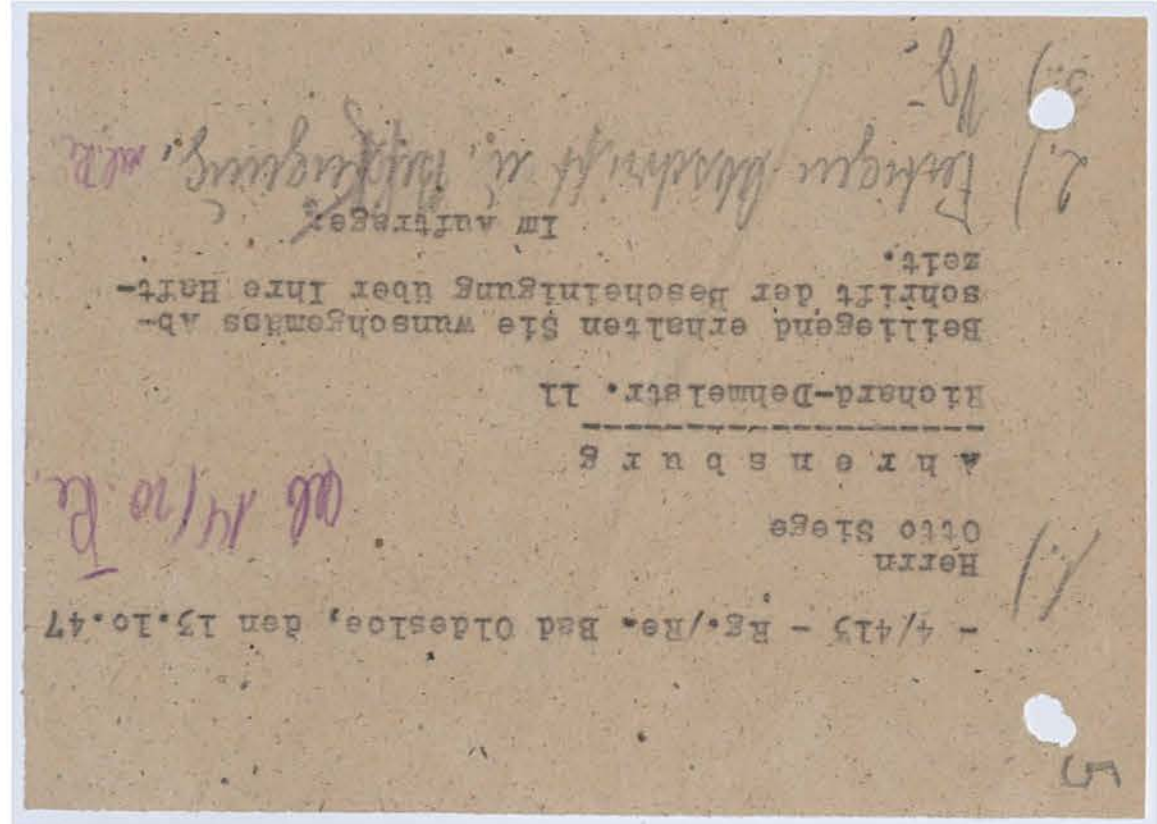
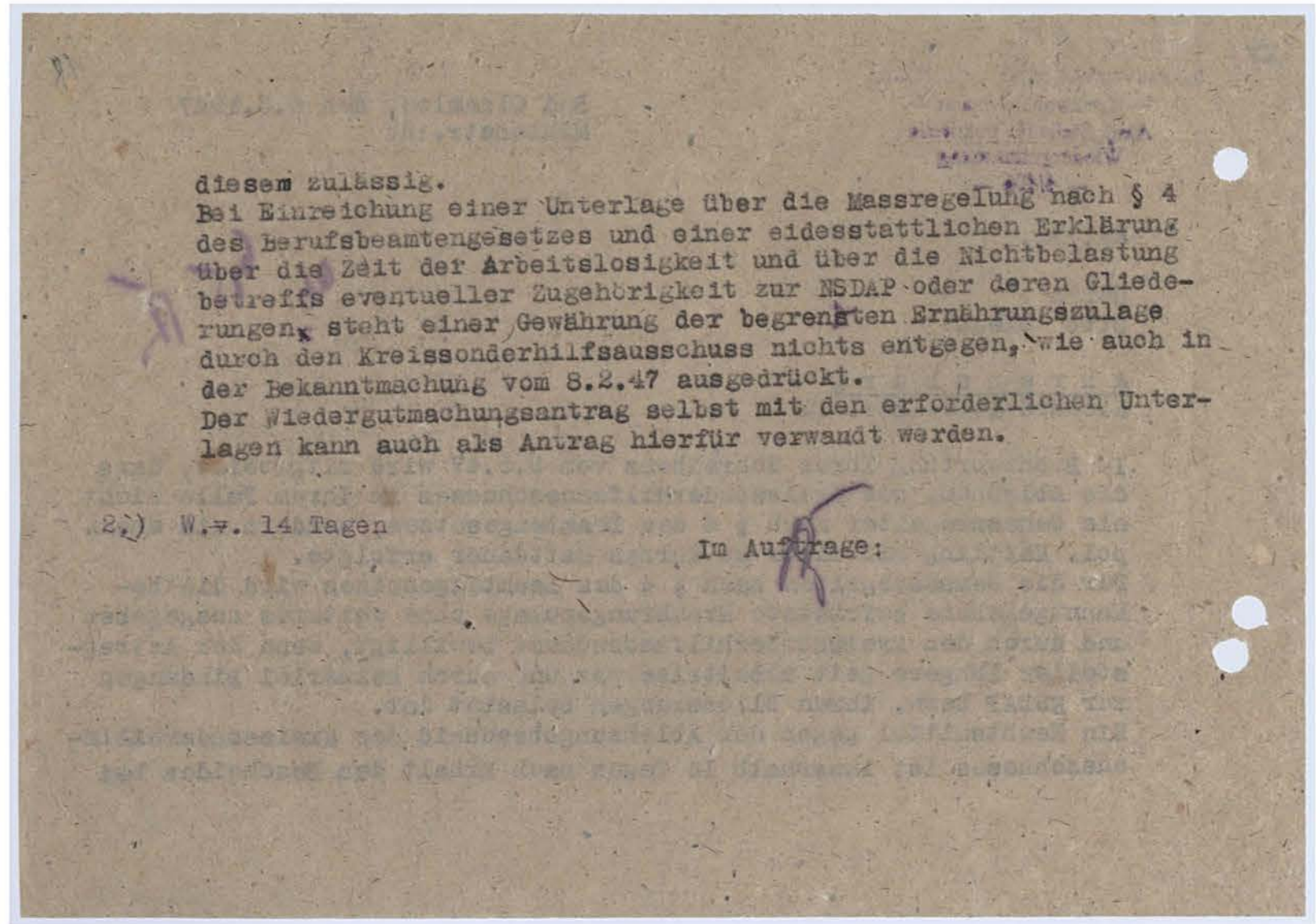
Id Beantwortung Ihres Schreibens vom 5.5.47 wird mitgeteilt, dass die Ablehnung des Kreissonderhilfeausschusses in Ihrem Falle nicht als Gemassregelter nach § 4 des Beamtengesetzes, sondern als ehem. pol. Häftling mit einer zu kurzen Haftdauer erfolgte. Für die Gemassregelten nach § 4 des Beamtengesetzes wird die bekanntgegebene befristete Ernährungszulage ohne weiteres ausgegeben und durch den Kreissonderhilfeausschuss bewilligt, wenn der Antragsteller längere Zeit arbeitslos war und durch keinerlei Bindungen zur NSDAP bzw. ihren Gliederungen belastet ist. Ein Rechtsmittel gegen den Ablehnungsbescheid des Kreissonderhilfeausschusses ist innerhalb 14 Tagen nach Erhalt des Bescheides bei

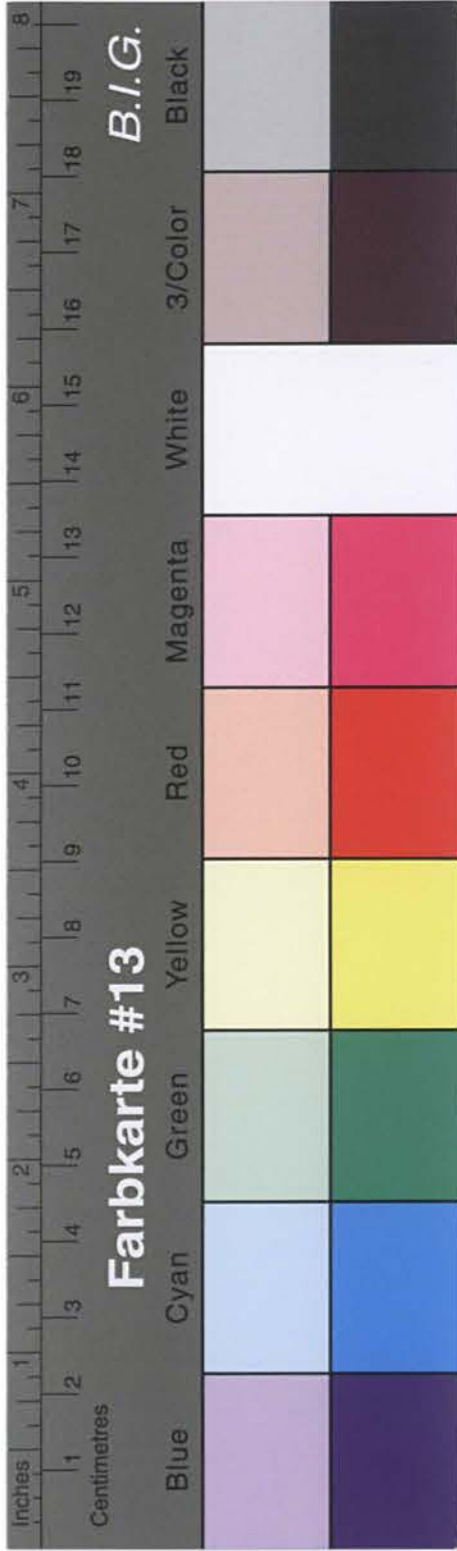
Kreisarchiv Stormarn B2



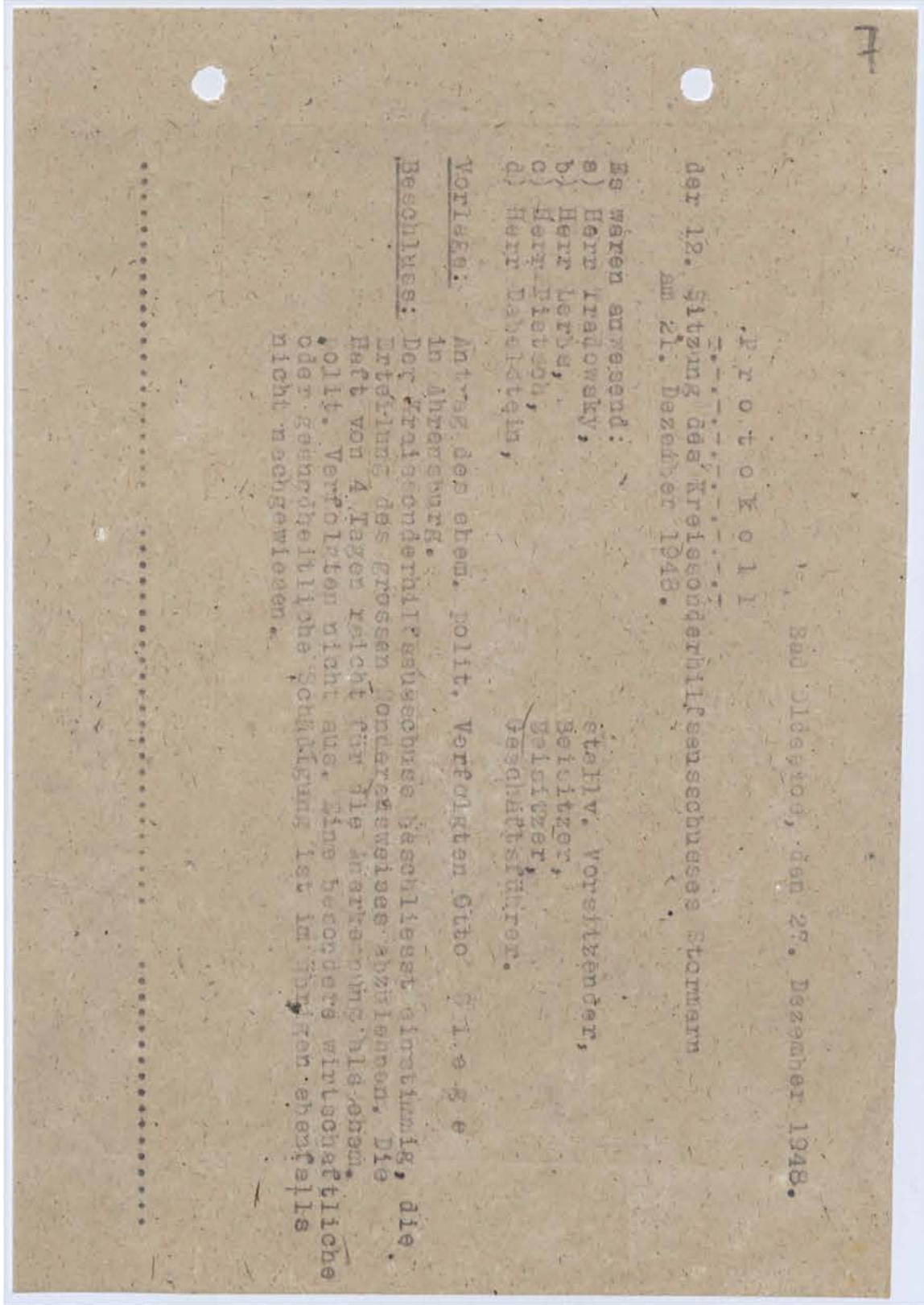
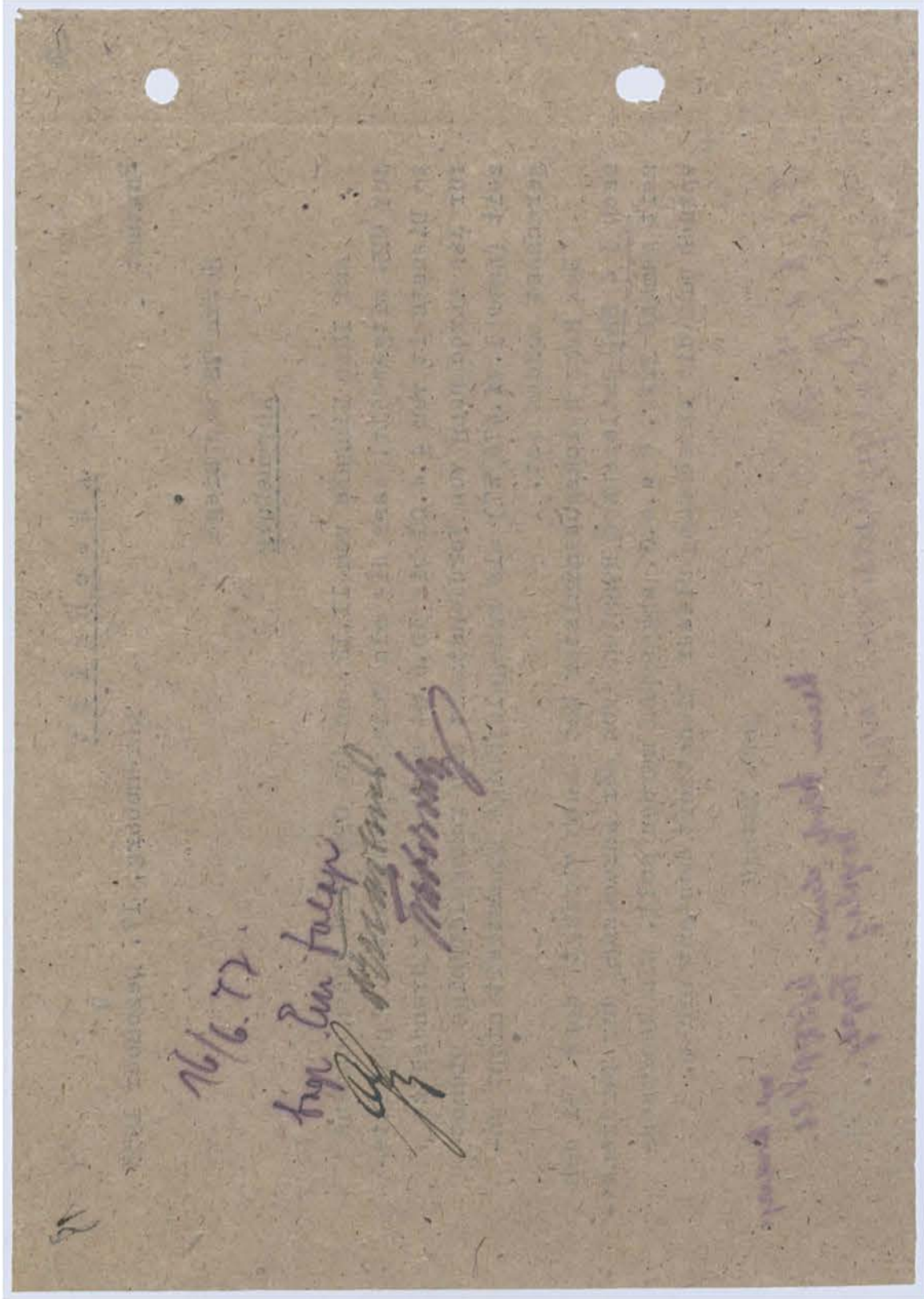


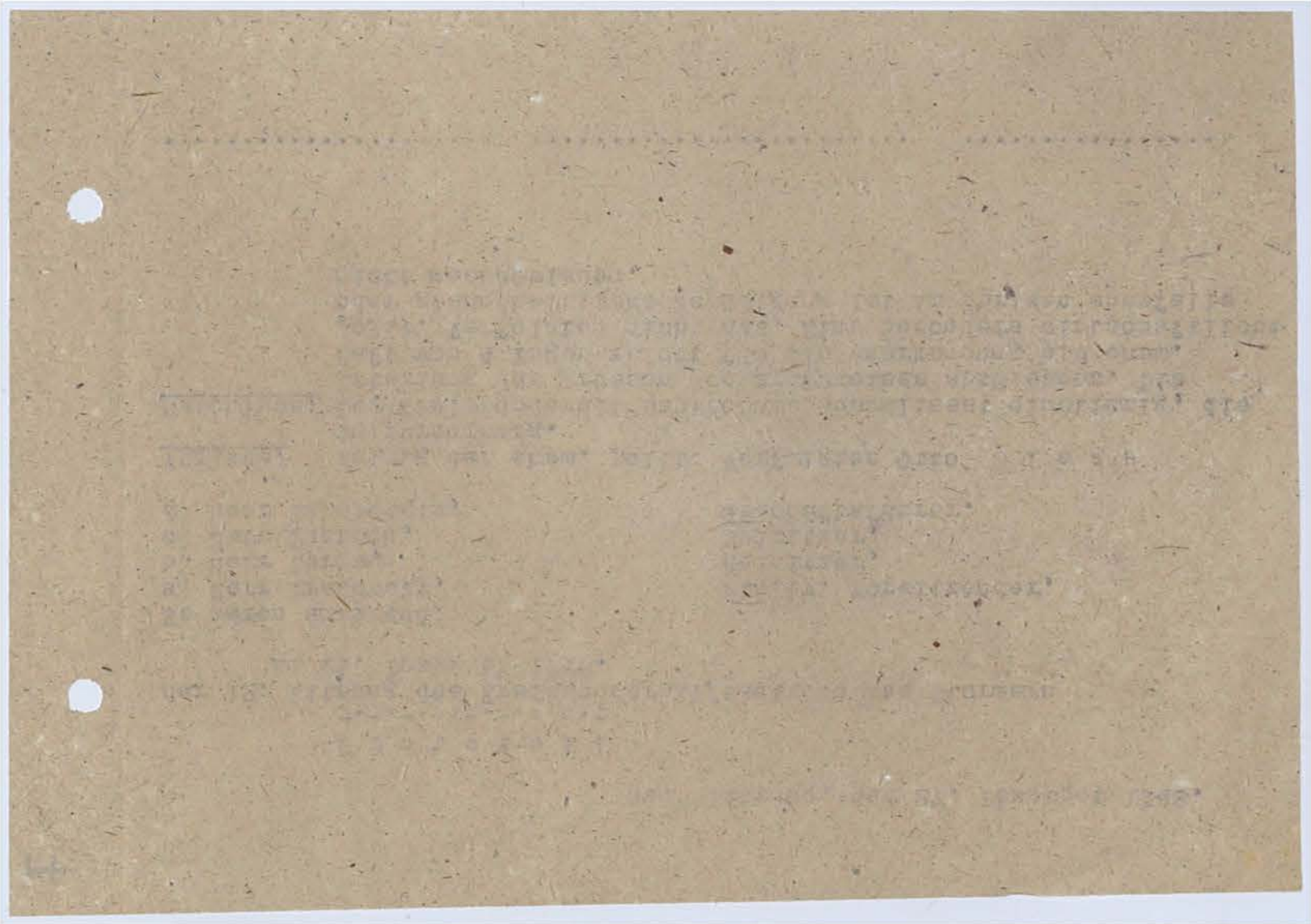
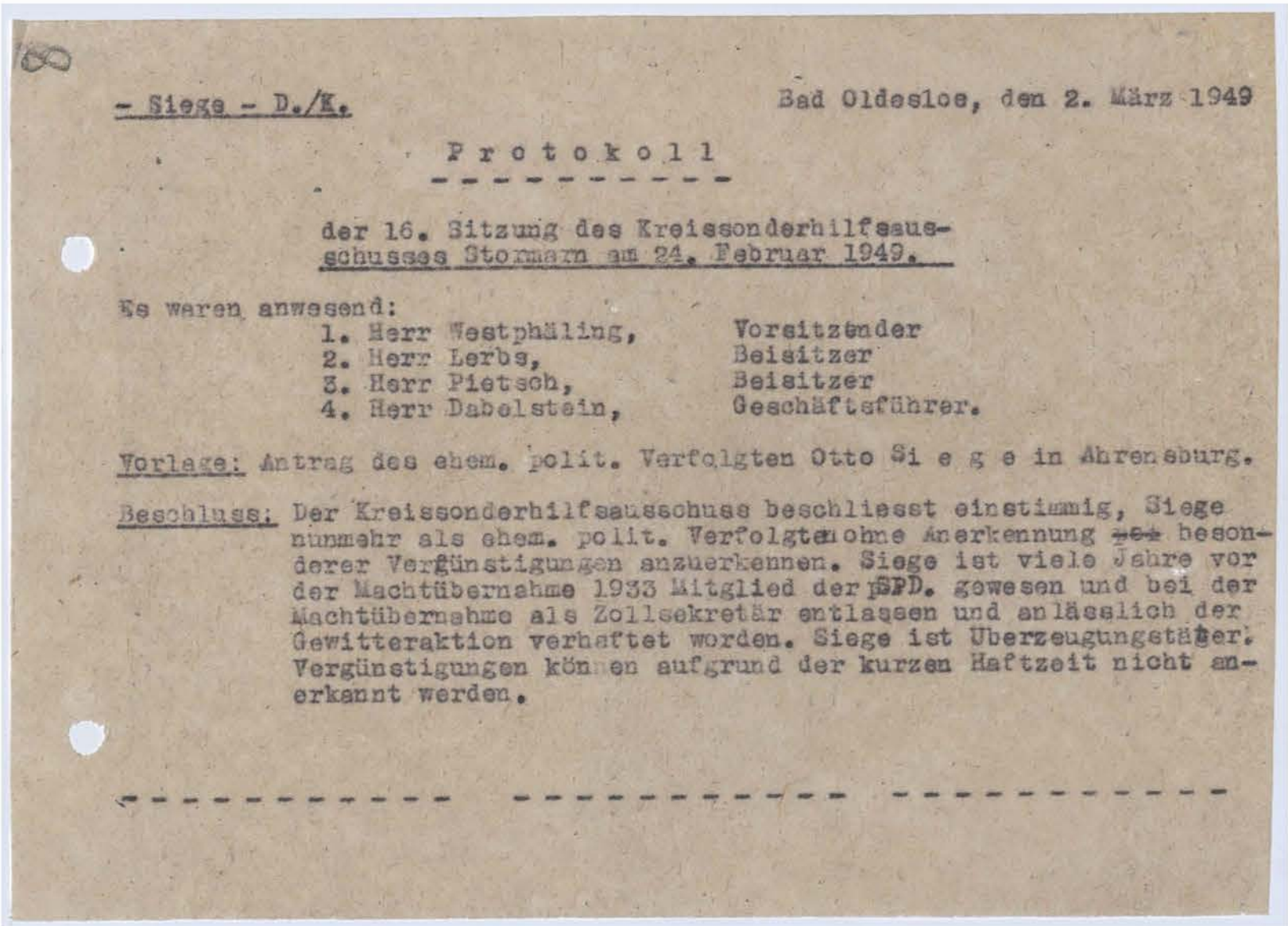
Kreisarchiv Stormarn B2





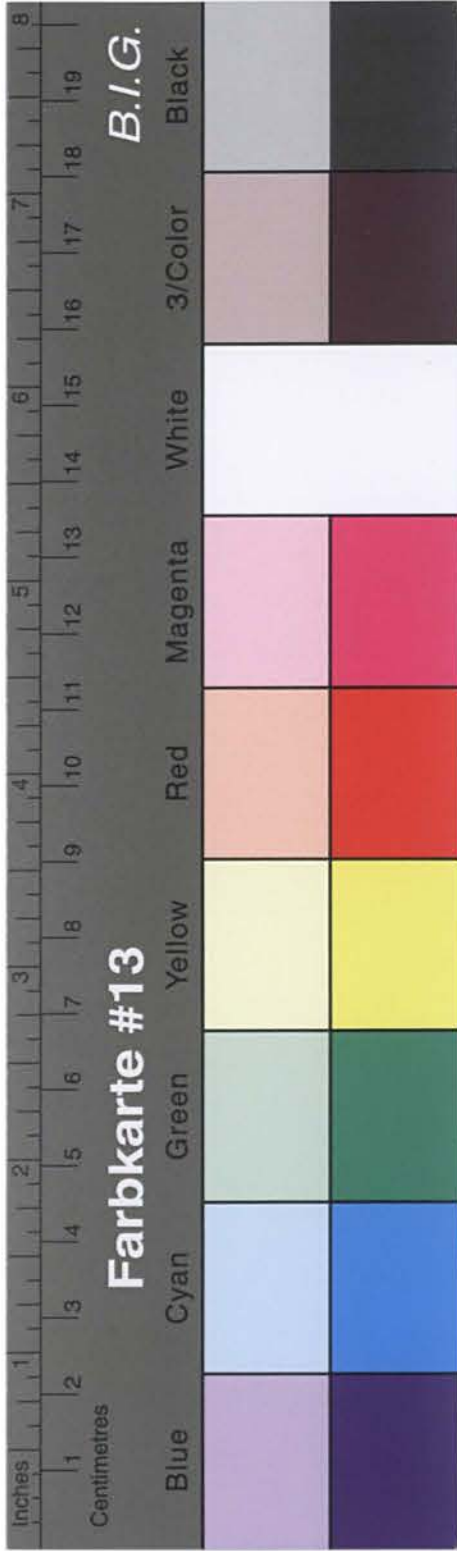
Kreisarchiv Stormarn B2



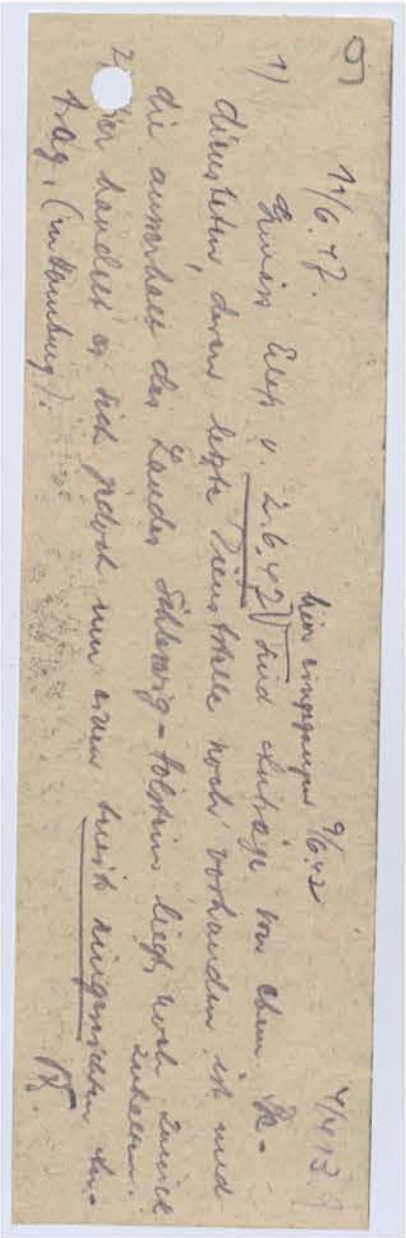
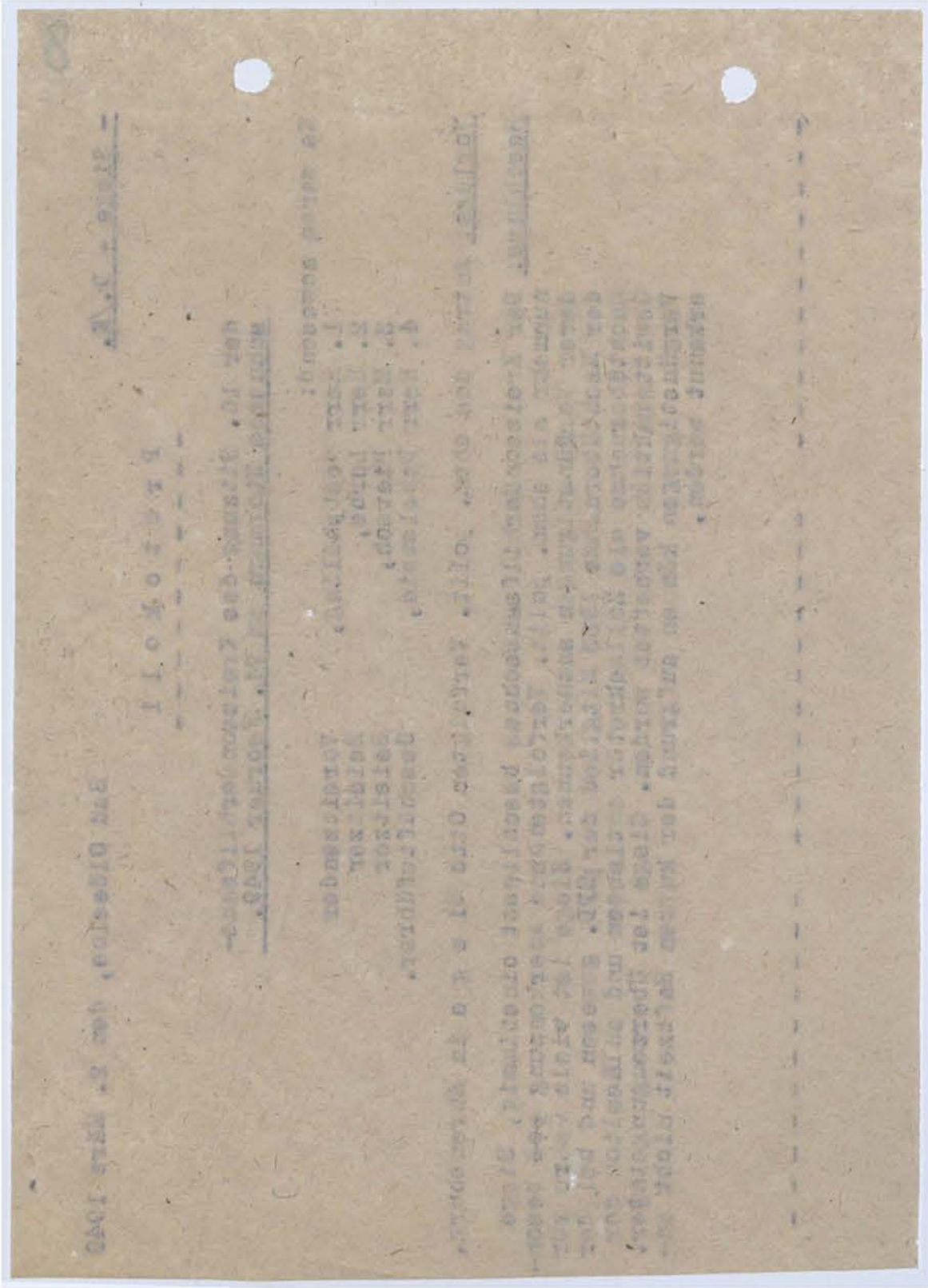


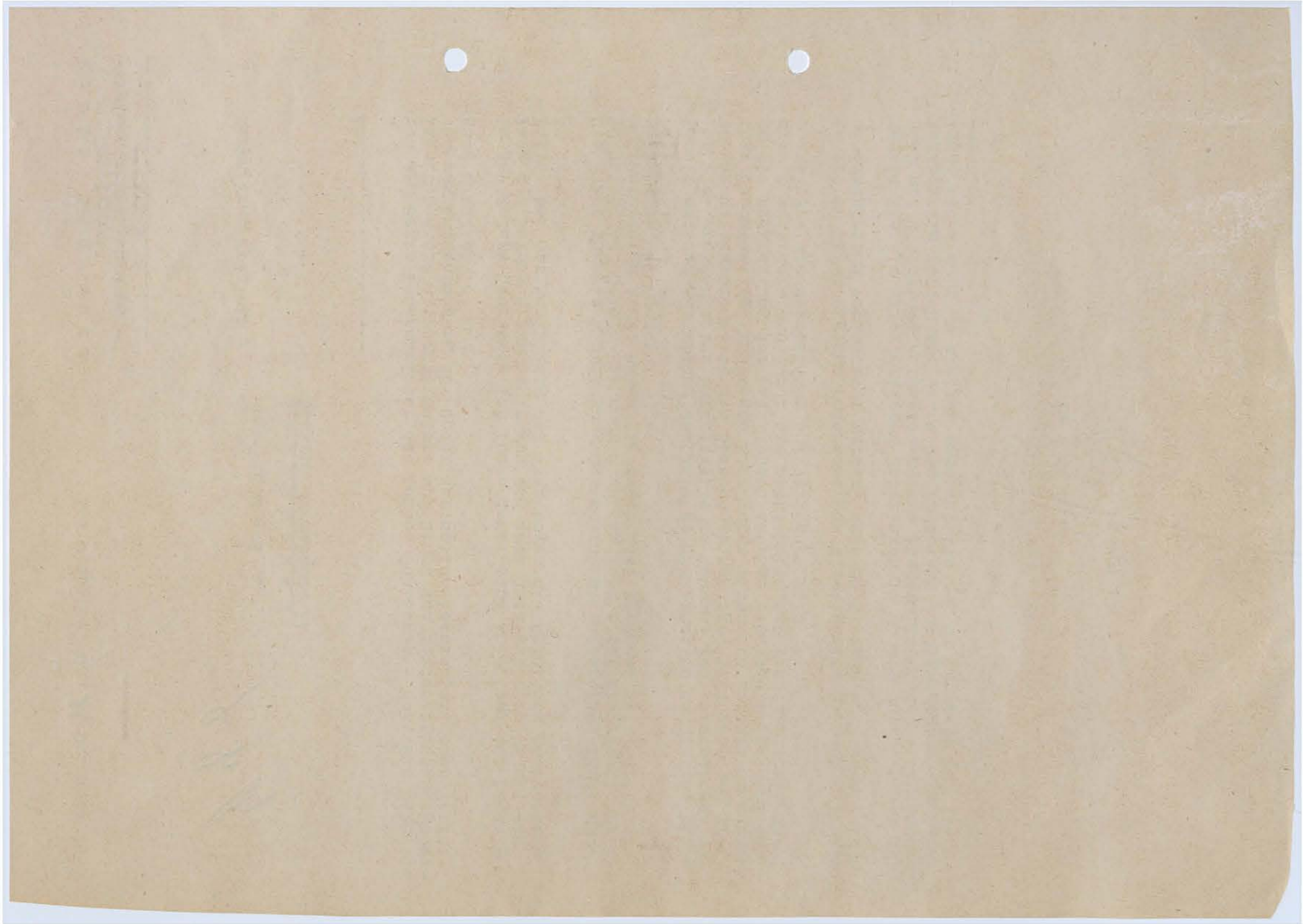
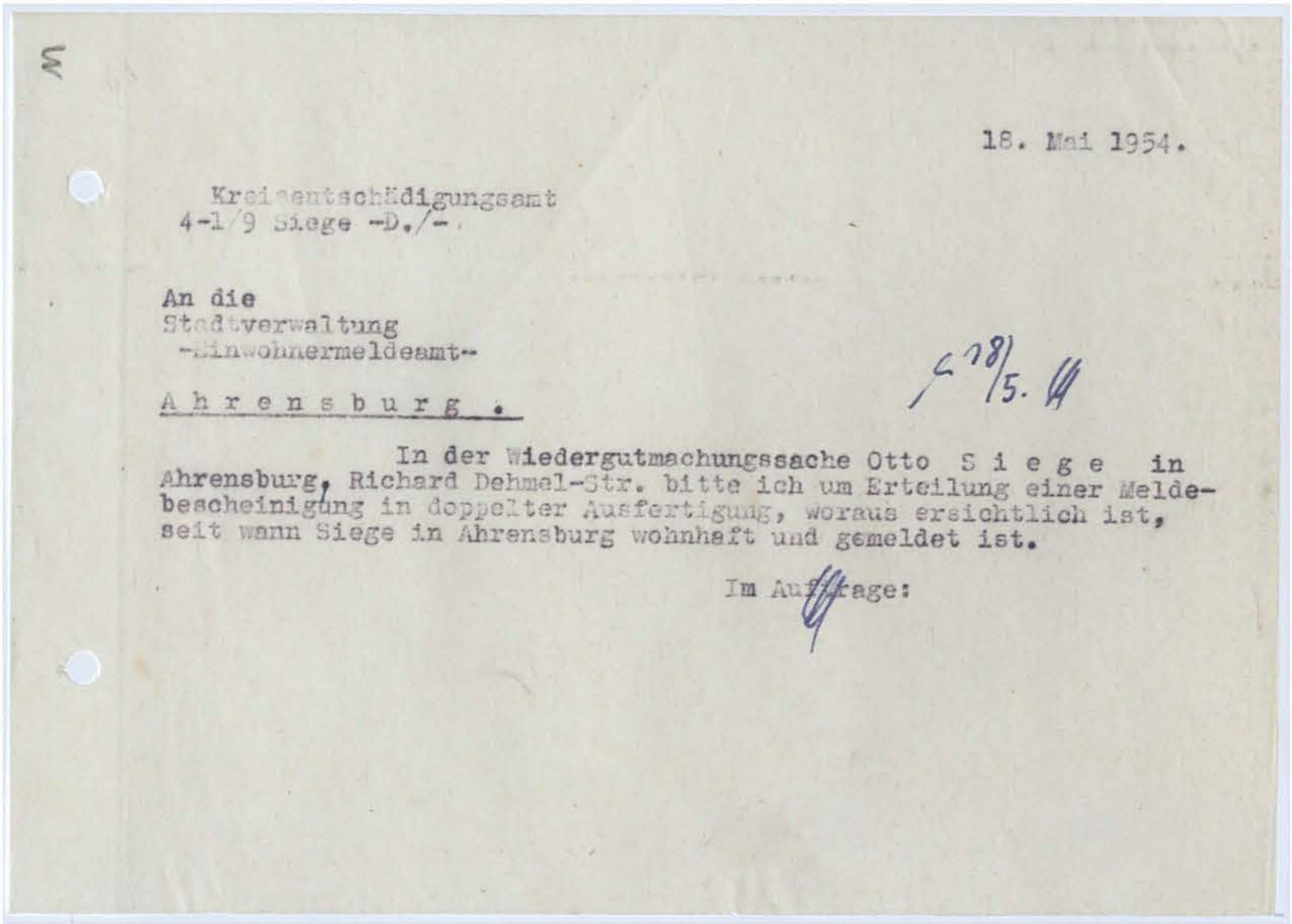
Kreisarchiv Stormarn B2



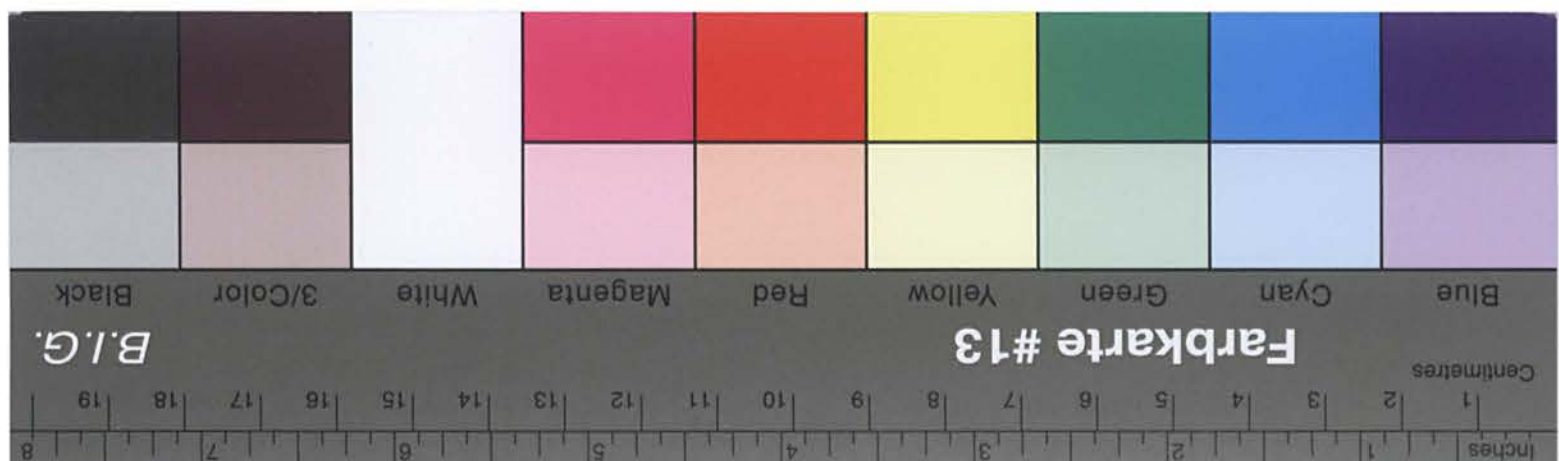


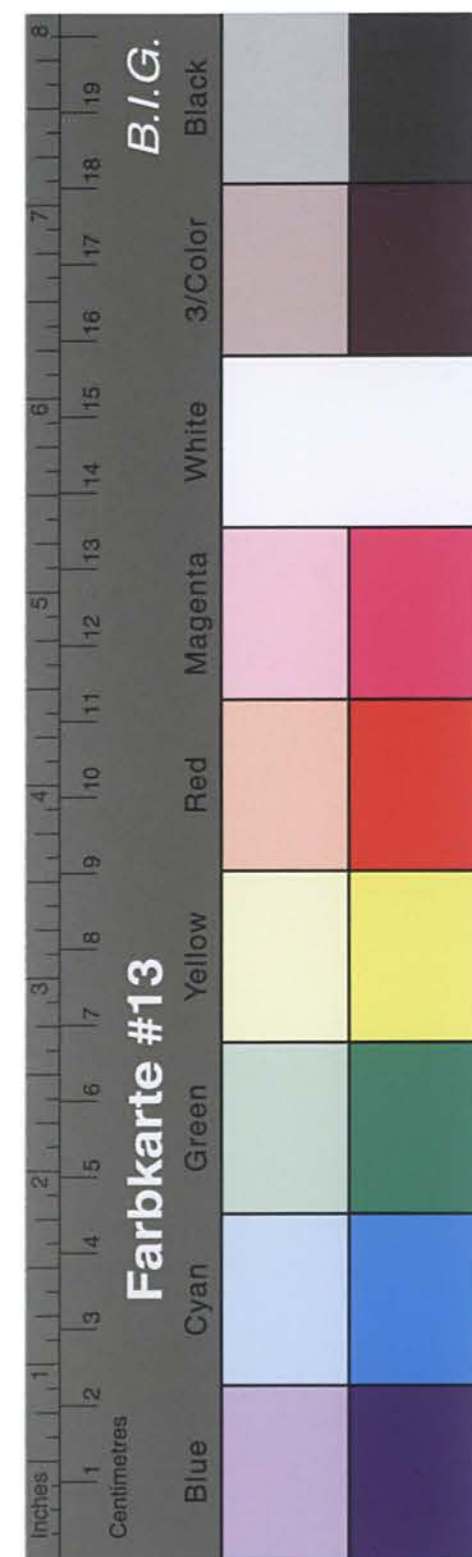
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

12

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

mit Anlagen

Nr.

Empfangsbestätigung erteilt am

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nicht Zutreffendes streichen!

Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: S i e g e

Vornamen: Otto Wilhelm Johann Heinrich

Geburtsort und -ort (Kreis, Land): 4.4.1879 in Kummer, Kreis Ahrensburg, Kreis

..... Ludwigslust, Mecklenburg Stormarn, Schleswig-Holstein

..... Richard-Dehmelstr. 11

Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch. Richard-Dehmelstr. 11

Anzahl der Kinder: drei Alter der Kinder: 44, 43 und 41 Jahre

Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch

2. Beruf: Telegraphenbauhandwerker

Erlerner Beruf: keine, Ruhegehalt als Obertelegraphensekretär

Jetzige berufliche Tätigkeit: keine, Ruhegehalt als Obertelegraphensekretär

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein

Wenn ja: wegen meiner politischen Überzeugung

Wegen Ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

entfällt

II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name:

Vornamen:

Geburtsort und -ort (Kreis, Land): Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

entfällt

gestorben am: (Straße und Haus-Nr.)

in (Kreis, Land):

Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:

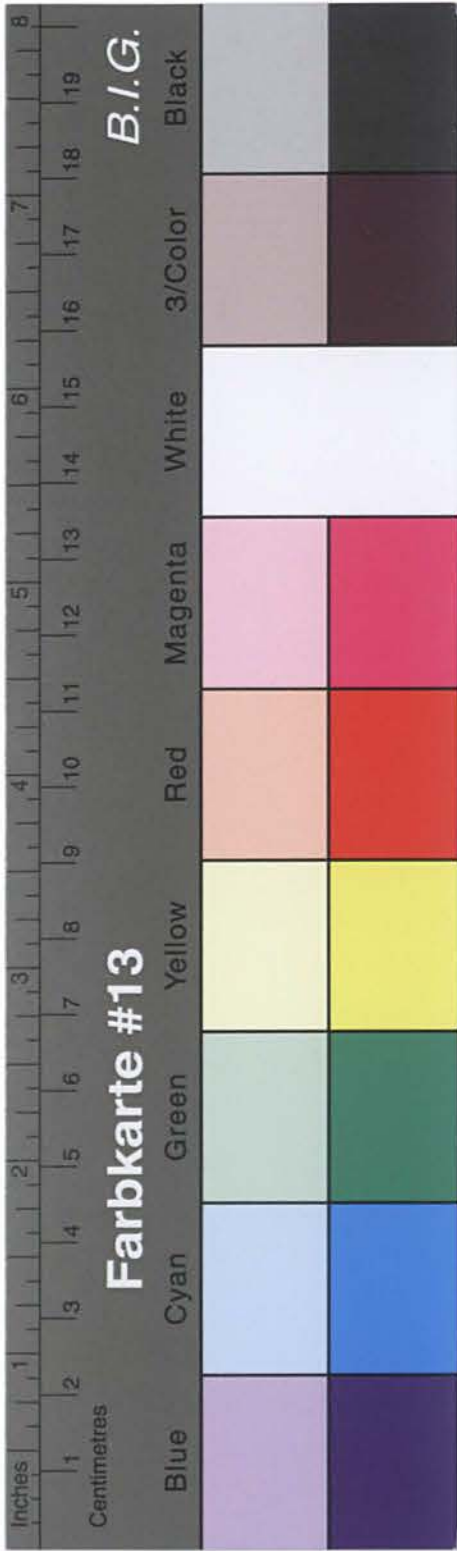
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:

2. Beruf: keine, Ruhegehalt als Obertelegraphensekretär

Erlerner Beruf:

Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

entfällt

Anspruchsberechtigte(r)

Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:

ja / nein

von entfällt

von _____ bis _____

ja / nein

b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:

Bei welchen?

ja / nein

entfällt

von _____ bis _____

von _____ bis _____

ja / nein

2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:

a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:

ja / nein

ja / nein

b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:

ja / nein

ja / nein

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:

Ahrensburg

Stormarn

Schleswig-Holstein

b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

entfällt

c) bei Heimkehrern:

Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:

d) Bei Vertriebenen:

Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:

e) bei Sowjetzonenflüchtlingen:

Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947:

In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?

Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?

ja / nein

ja / nein

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen:

a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:

Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

entfällt

b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen:

Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?

c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?

ja / nein

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)

Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:

ja / nein

2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)

a) Heilverfahren:

ja / nein

b) Rente und Kapitalentschädigung:

ja / nein

3. Schaden an Freiheit (§ 16)

durch Freiheitsentziehung

in _____ vom _____ bis _____

in _____ vom _____ bis _____

in _____ vom _____ bis _____

in _____ vom _____ bis _____

in _____ vom _____ bis _____

insgesamt = _____ volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24)

a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:

ja / nein

b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:

ja / nein

c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:

ja / nein

d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / nein

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55)

a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:

ja / nein

b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:

ja / nein

c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:

ja / nein

d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

ja / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63)

durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Wann?

Aktenzeichen

Oberpostdirektion Hamburg

9.6.52

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?

ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Bundes

Ablehnung durch den Minister für das Post- und Fernmeldewesen v. 1.7.52 III B(W) 13 8005-6 W -.

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?

ja / nein

Art der Leistungen

Von welchen Stellen?

Wann?

RM

DM

entfällt

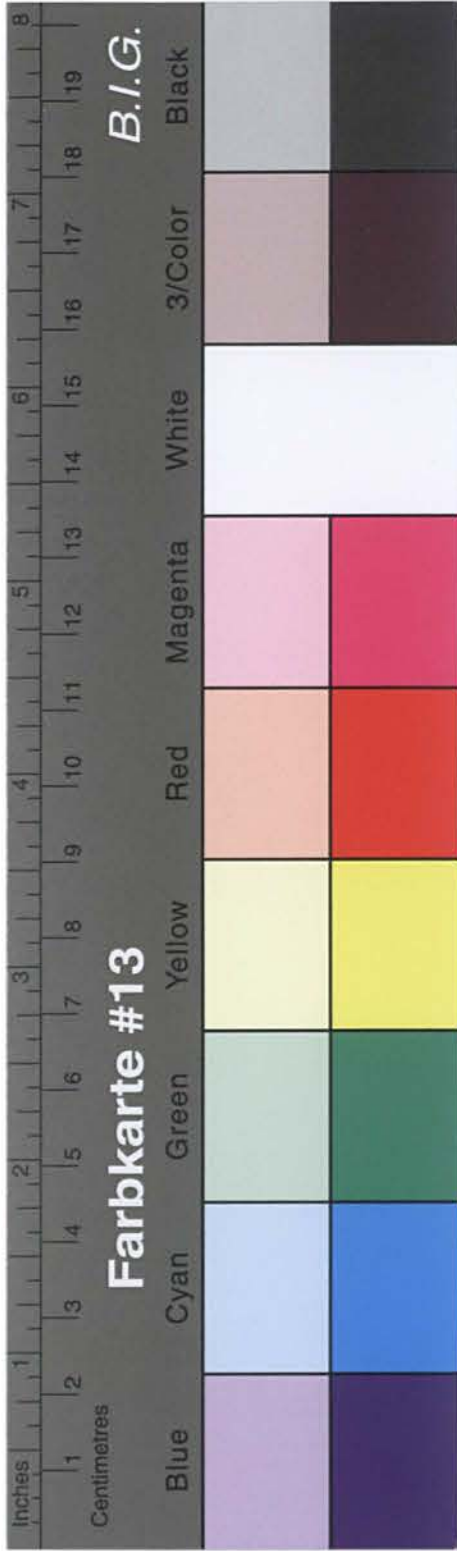
2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?

Bei welchen Stellen?

Aktenzeichen:



Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

entfällt

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...
<u>entfällt</u>	

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)
Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterb- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

siehe unten aufgeführte Anlagen

wurden bereits an _____ (Behörde) oder _____ (Gericht) _____ (Aktenzeichen) zu _____ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Ahrensburg (Ort), den Mai 1954 (Datum)

Otto Siege
(Unterschrift)

Dem Antrag sind 10 Anlagen beigelegt, und zwar:

1. Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Entlassungsurkunde vom 20.9.1933
3. Entlassungsbescheid " 21.9.1933
4. Bescheinigung über meine Verhaftung
5. Erläuterung der Schadensfälle
6. Ruhegehaltsfestsetzung vom 1.1.1934 ab
7. desgl. " 1.5.1945 ab
8. Aufhebung der Zinsvergünstigung vom 1.10.1933 ab
9. Bescheinigung über Rückzahlung des Darlehens
10. Bestätigung über den Versicherungsschaden

Nachdruck verboten. „Buchkunst“, Berlin W 35

14

O t t o S i e g e

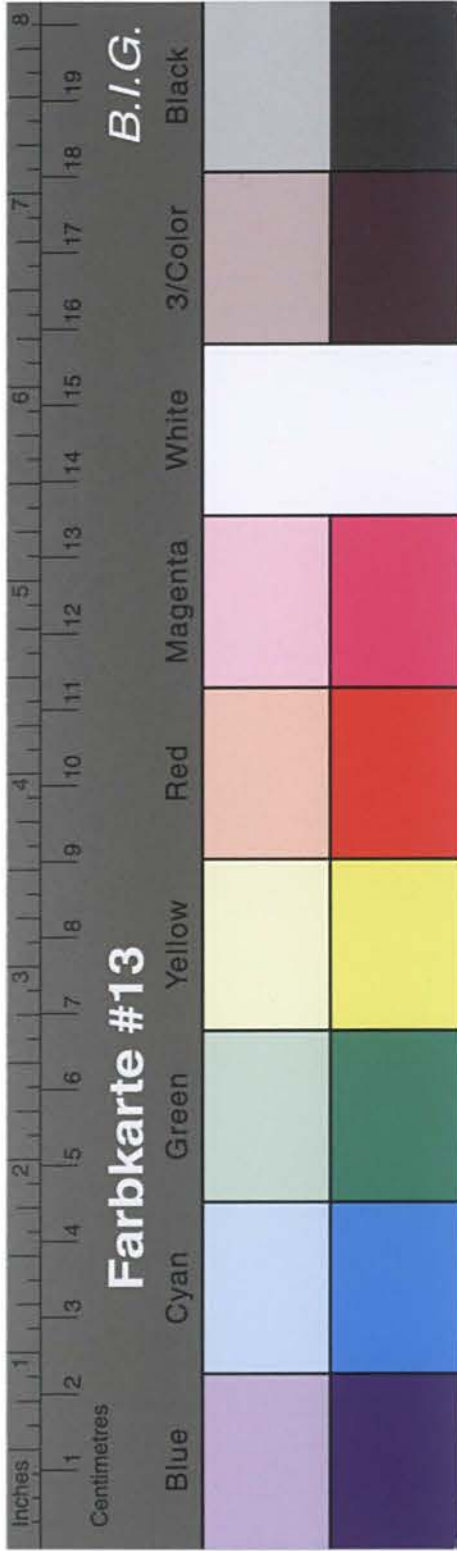
Anlage 1

Schilderung des Verfolgungsvorganges.

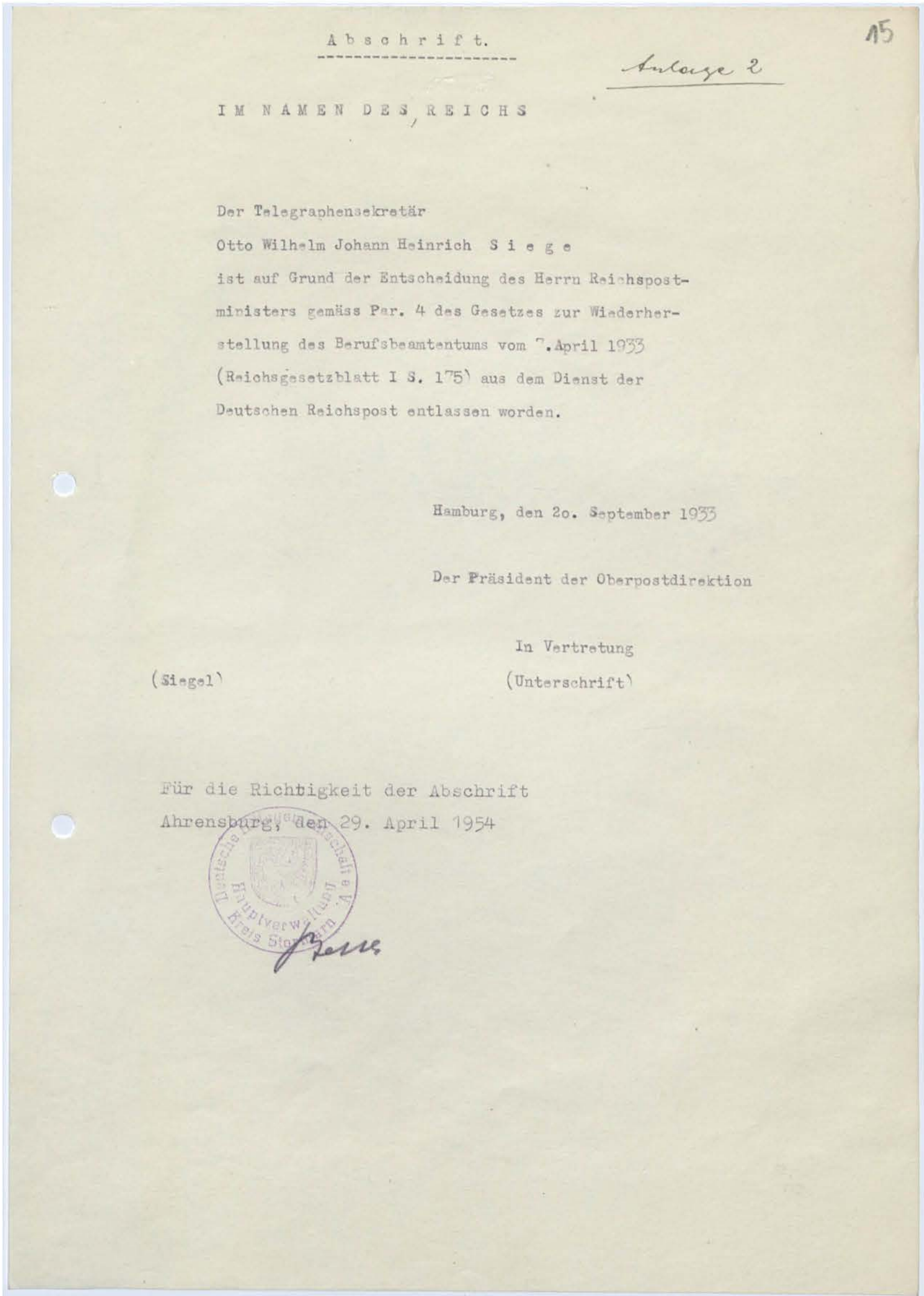
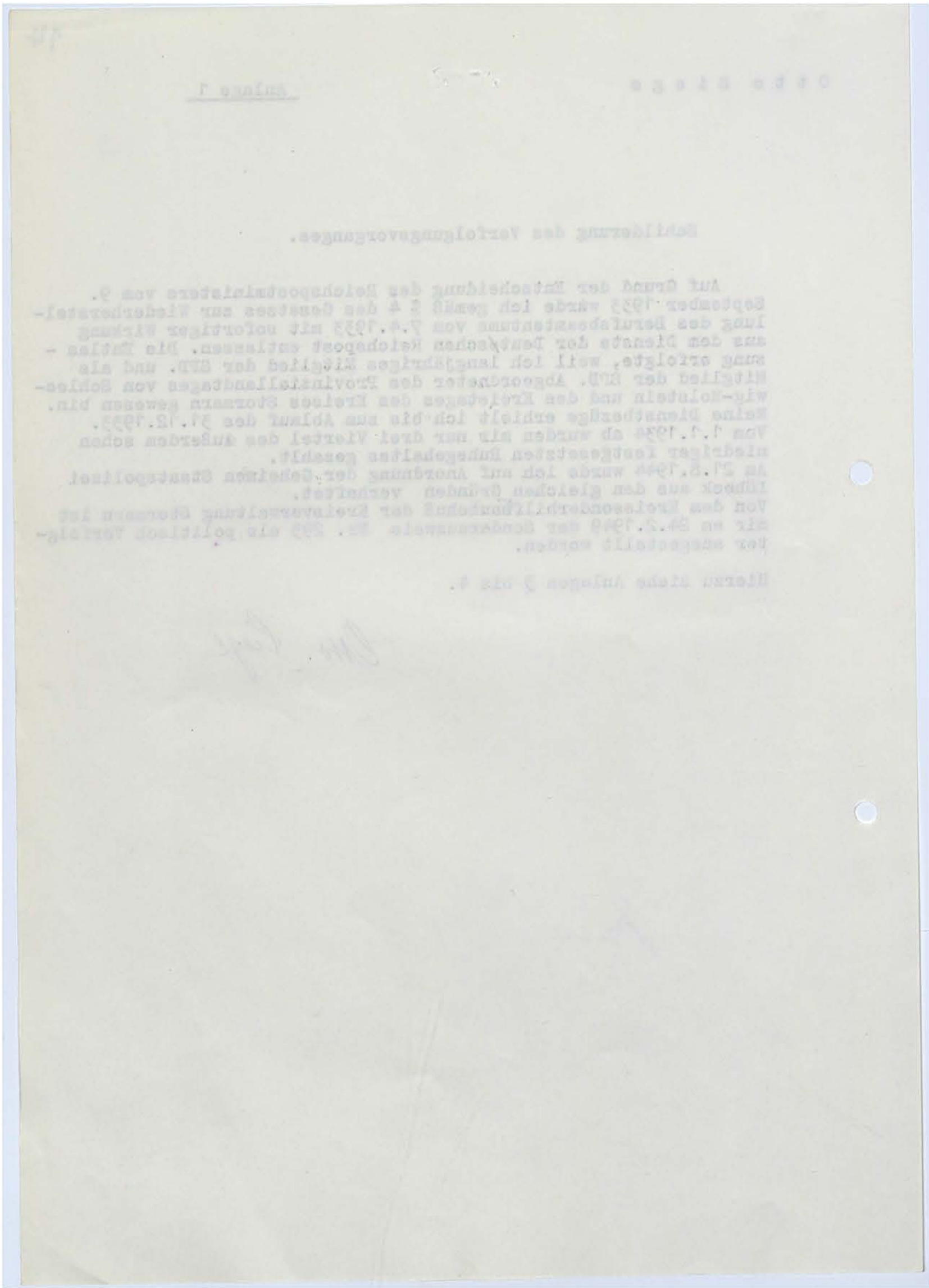
Auf Grund der Entscheidung des Reichspostministers vom 9. September 1933 wurde ich gemäß § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 mit sofortiger Wirkung aus dem Dienste der Deutschen Reichspost entlassen. Die Entlassung erfolgte, weil ich langjähriges Mitglied der SPD. und als Mitglied der SPD. Abgeordneter des Provinziallandtages von Schleswig-Holstein und des Kreistages des Kreises Stormarn gewesen bin. Meine Dienstbezüge erhielt ich bis zum Ablauf des 31.12.1933. Vom 1.1.1934 ab wurden mir nur drei Viertel des außerdem schon niedriger festgesetzten Ruhegehaltes gezahlt. Am 21.8.1944 wurde ich auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei Lübeck aus den gleichen Gründen verhaftet. Von dem Kreissonderhilfsschuß der Kreisverwaltung Stormarn ist mir am 24.2.1949 der Sonderausweis Nr. 293 als politisch Verfolgter ausgestellt worden.

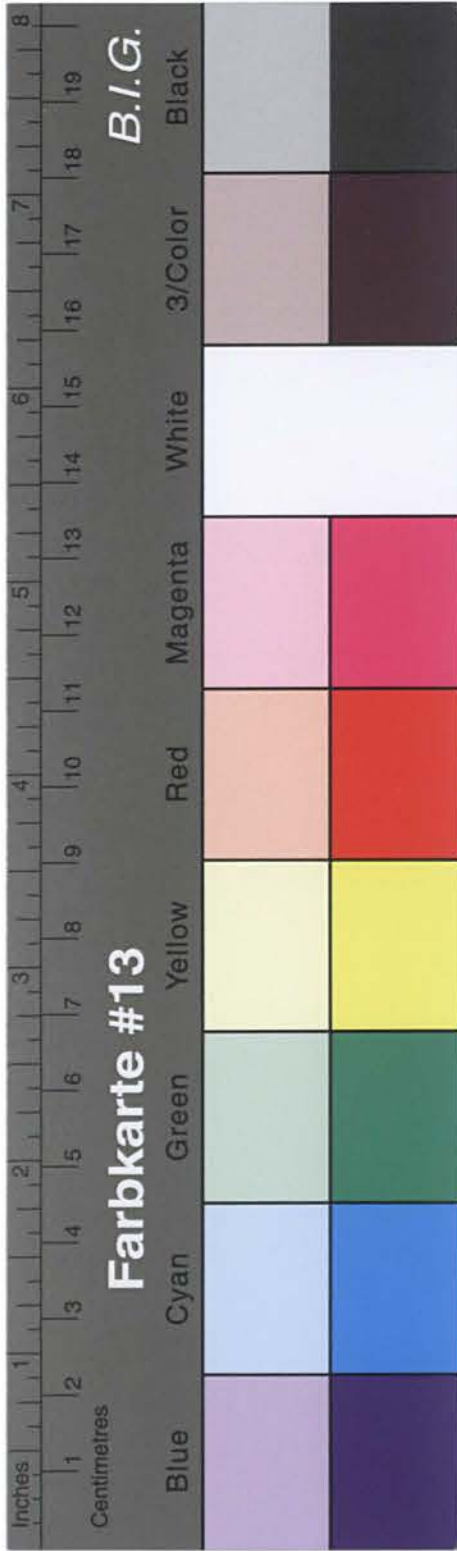
Hierzu siehe Anlagen 2 bis 4.

Otto Siege

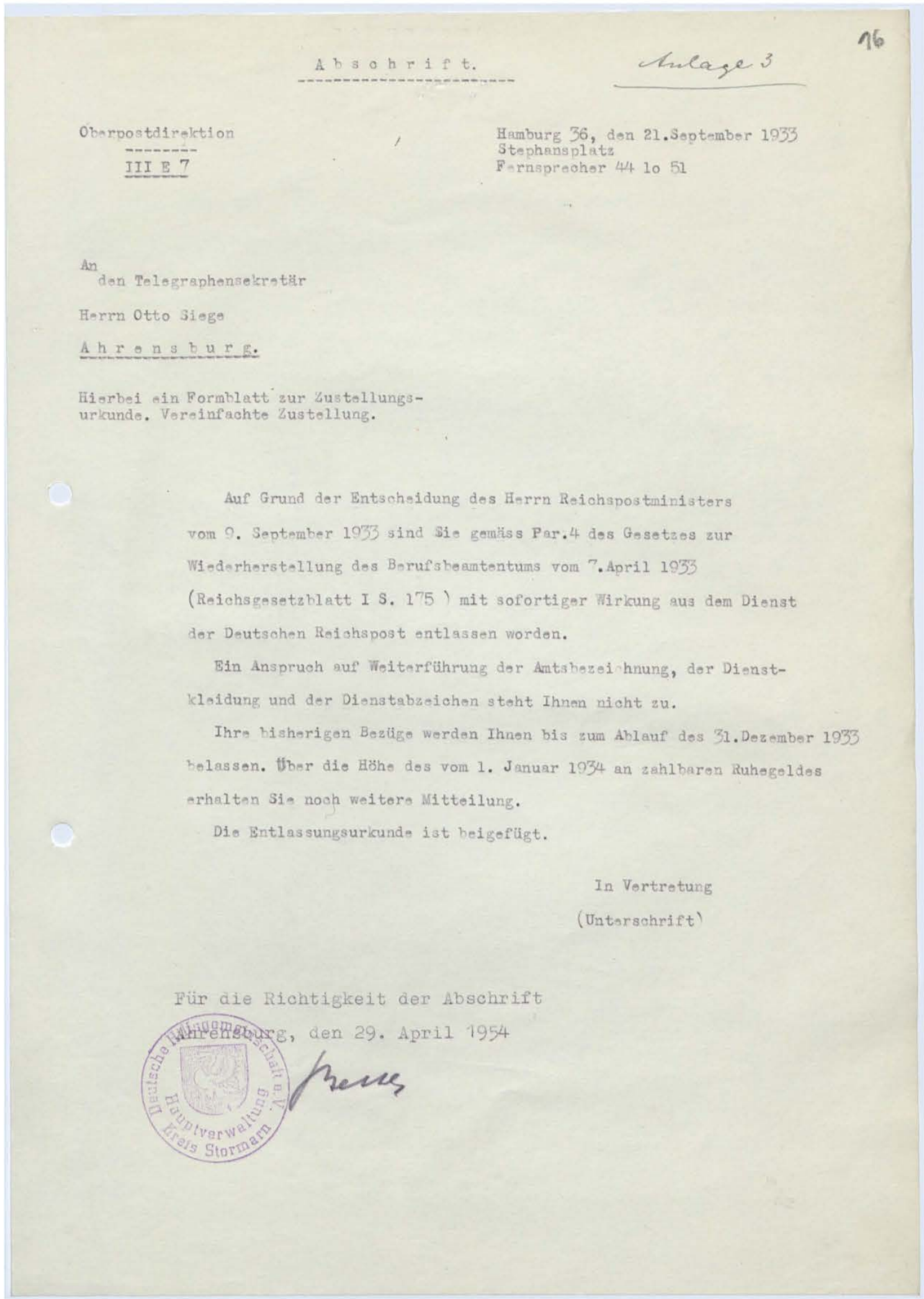
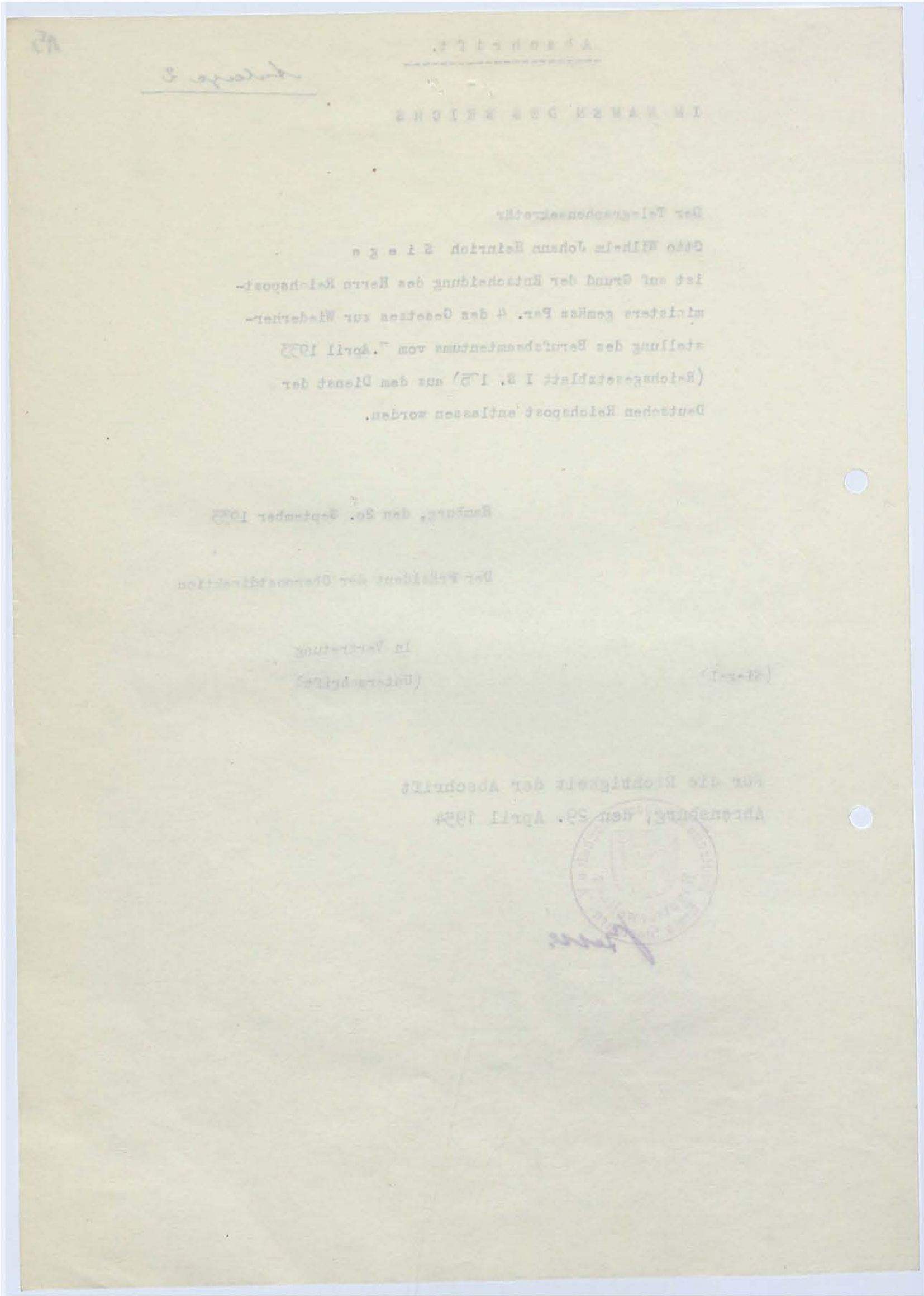


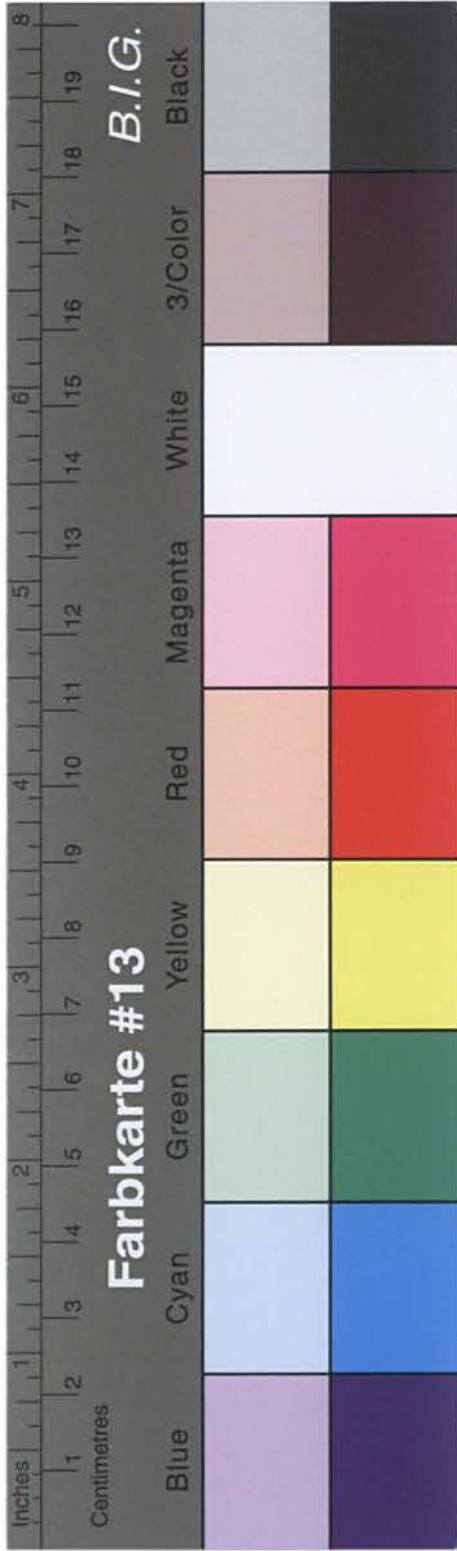
Kreisarchiv Stormarn B2



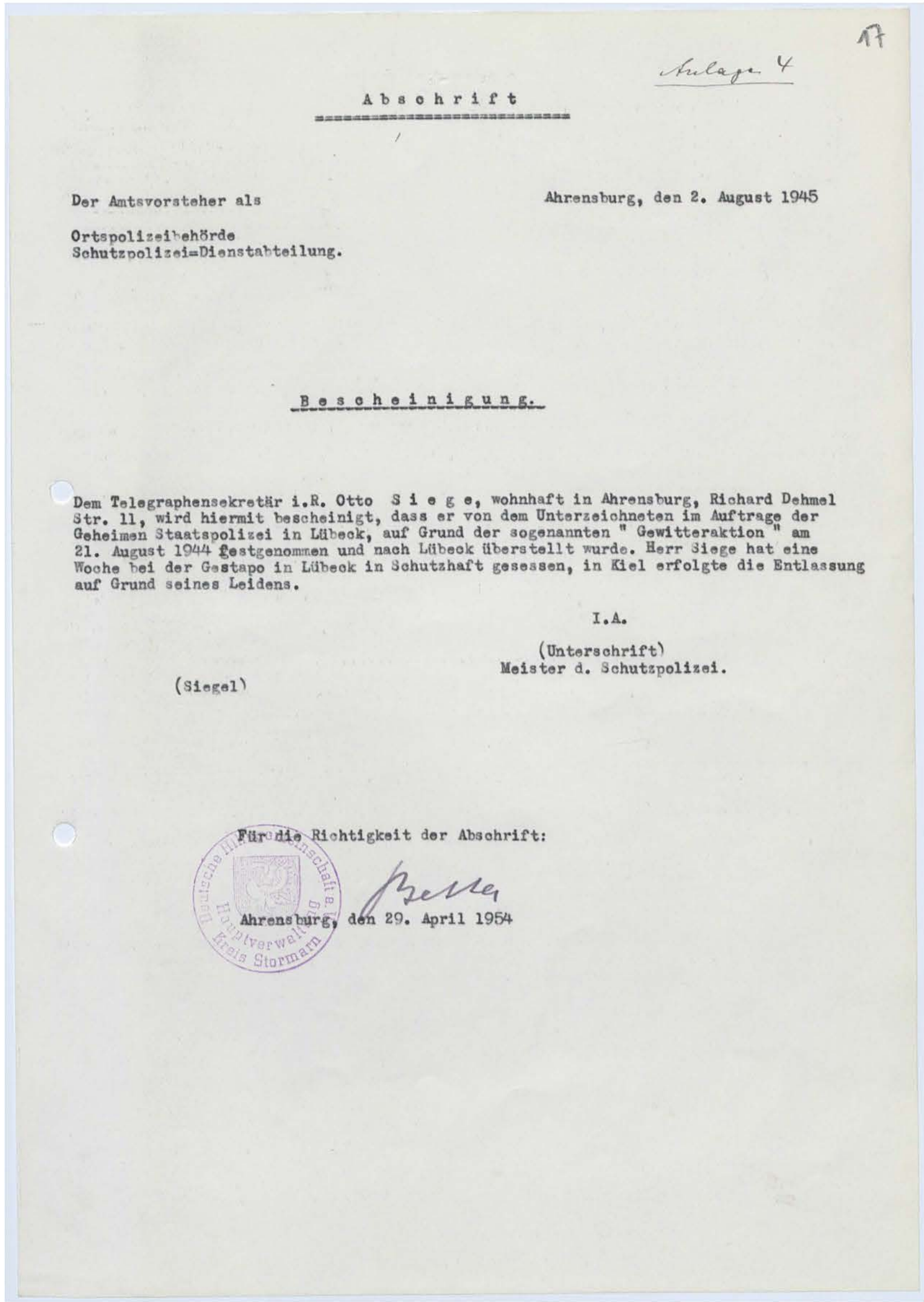
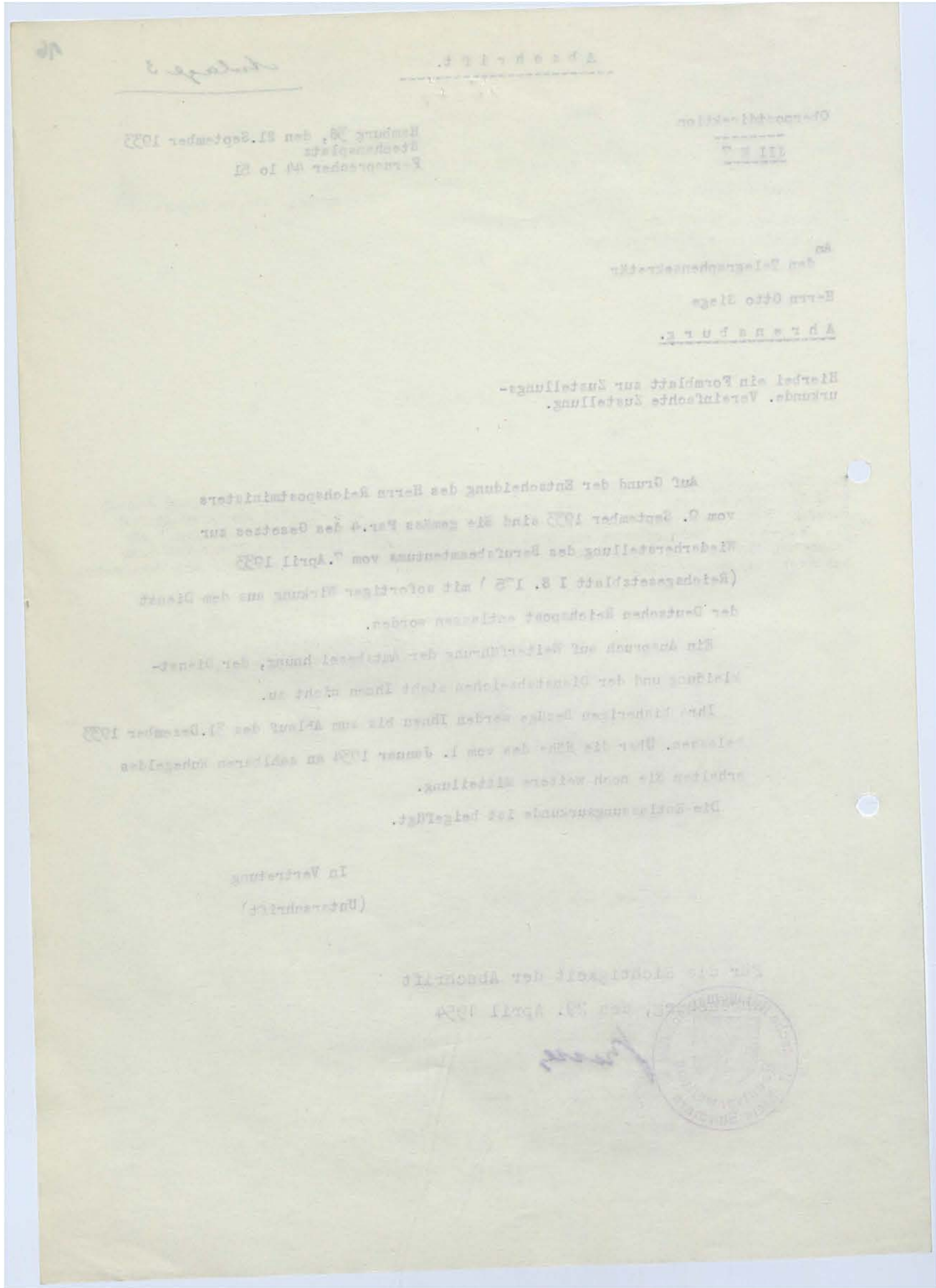


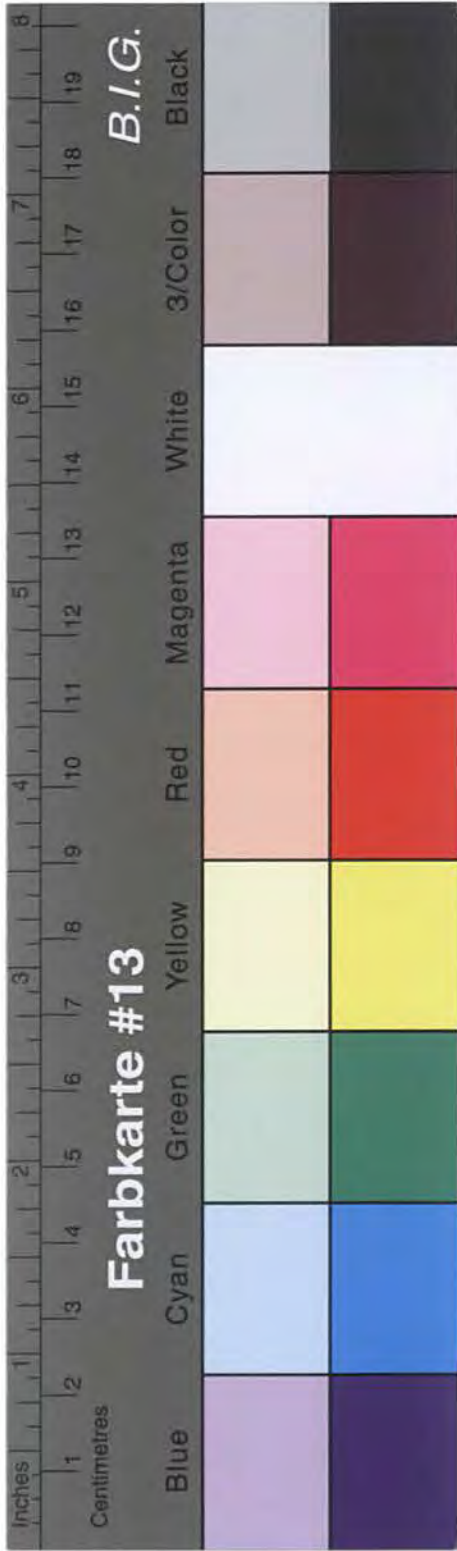
Kreisarchiv Stormarn B2



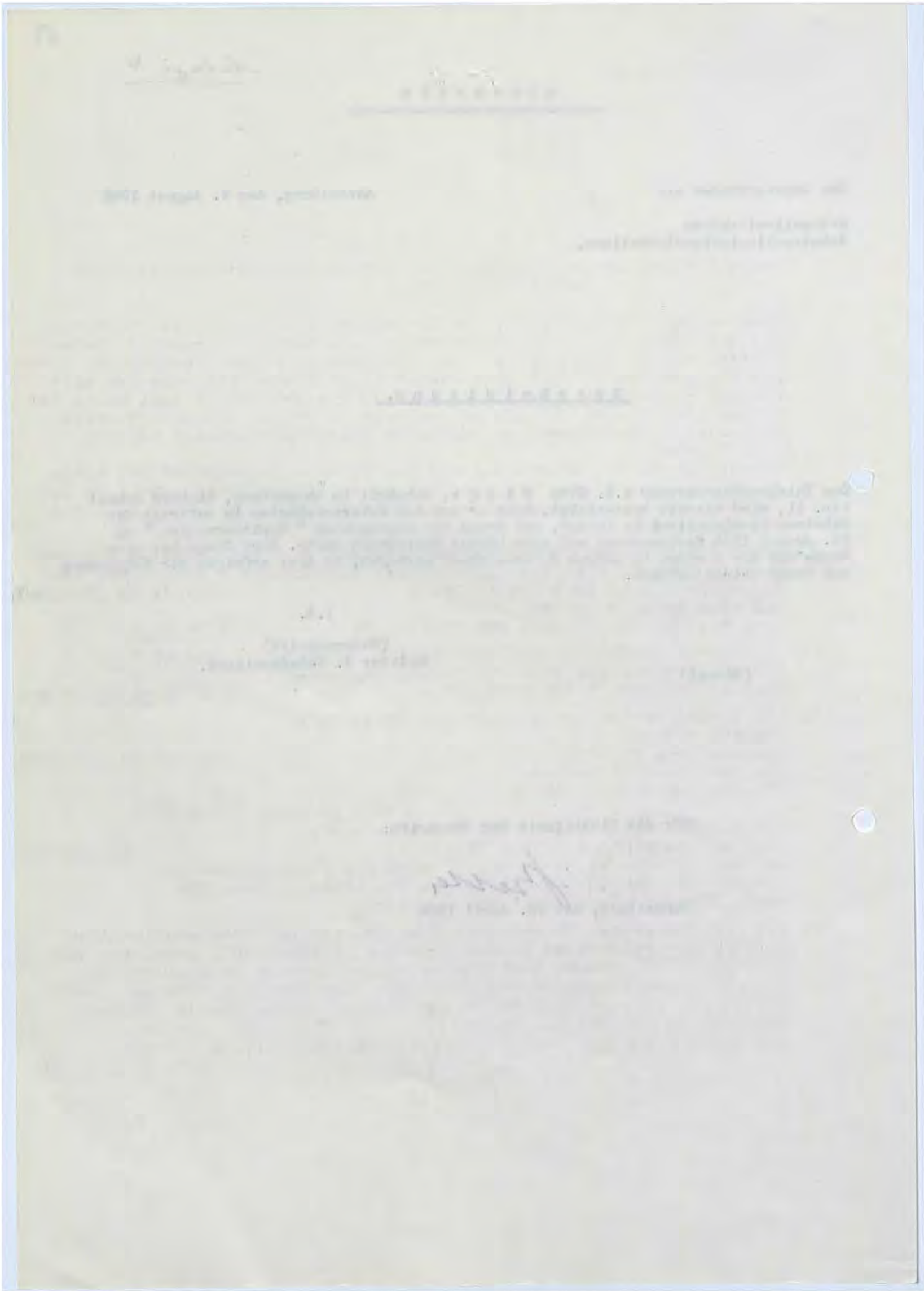


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Otto Siege

Anlage 5

Erläuterung

des mir durch meine vorzeitige Entlassung aus dem Postdienst entstandenen Schadens.

Nach meiner Entlassung aus dem Postdienst mit Ablauf des 31.12.1933 ist mir vom 1.1.1934 ab ein erheblich geringeres Ruhegehalt gezahlt worden, als mit k. u. s. t. Bei der Festsetzung dieses Ruhegehalts wurde mir die gesamte bei der Post abgeleistete Dienstzeit, wie für alle Beamten vorgesehen, nicht angerechnet. Anstatt auf 75 v.H. wurde das Ruhegehalt nur auf 71 v.H. des ruhegehaltfähigen Dienststeinkommens festgesetzt. Von diesem so gekürzten Ruhegehalt erhielt ich nur drei Viertel.

Zum Zeitpunkt der Schädigung war ich Telegraphensekretär mit einem Besoldungsdienstalter vom 1.4.1914 in der Besoldungsgruppe A 7a der Reichsbesoldungsordnung und einer ruhegehaltfähigen Dienstzeit von rd. 40 Jahren.

- 1) Gemäß § 41 des BEG. habe ich vom 1.4.1933 ab einen Anspruch auf Ruhegehalt von 75 v.H. von (3500,-- RM. Grundgehalt + 606,-- RM. Wohnungsgeldzuschuß B) 4 106,-- RM. = 3079,50 RM jährlich, mir sind gezahlt worden
drei Viertel von 71 v.H. von 4106,-- RM = 2186,45 " "

mithin zu wenig 893,05 " "

Der Schaden für die Zeit vom 1.1.33 bis zum 30.4.45 beträgt $11 \frac{1}{3} \times 893,05 =$ 10121,23 RM.

- 2) Vom 1.5.45 ab ist mir ein höheres Ruhegehalt gezahlt worden.
Anspruch wie zu 1) = 3079,50 RM jährlich, mir sind gezahlt worden
71 v.H. von 4106,-- RM = 2915,26 " "

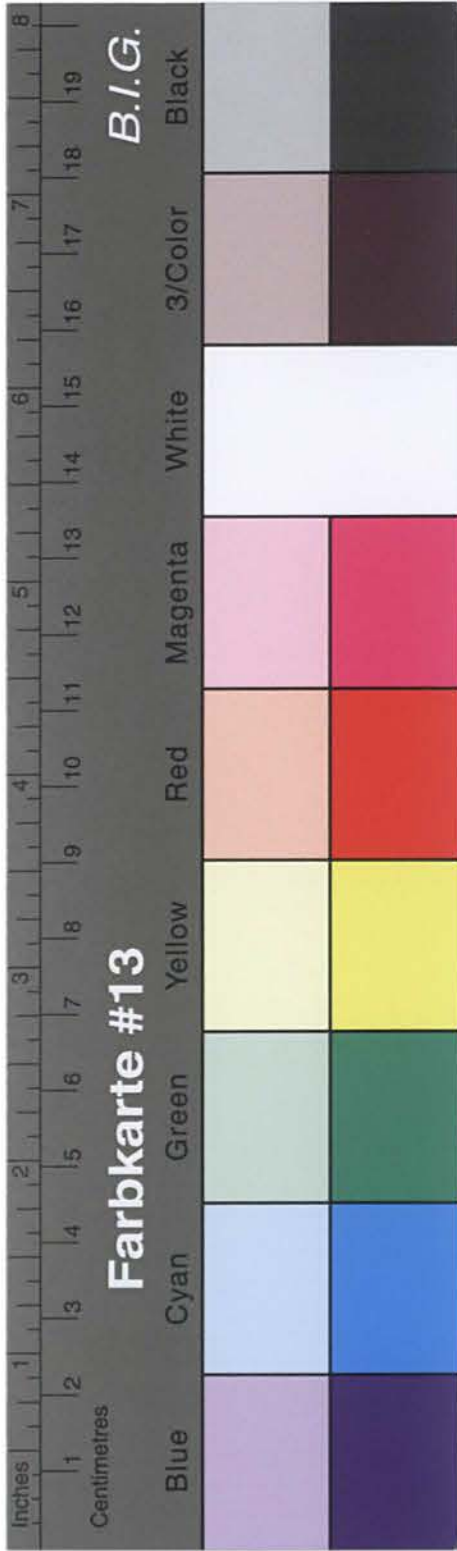
mithin zu wenig 164,24 " "

Der Schaden für die Zeit vom 1.5.45 bis zum 30.11.47 beträgt $2 \frac{7}{12} \times 164,24 =$ 424,29 RM.

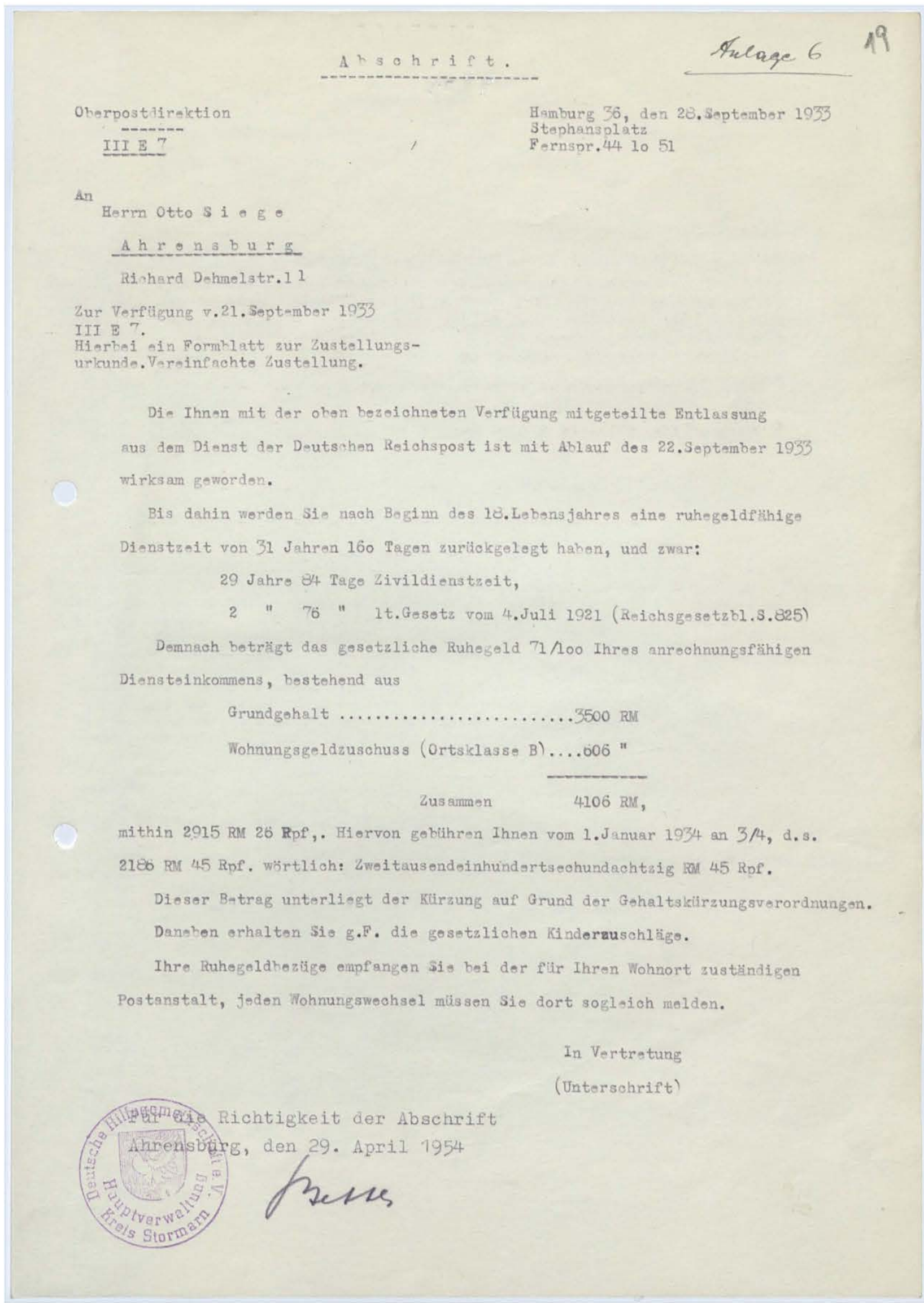
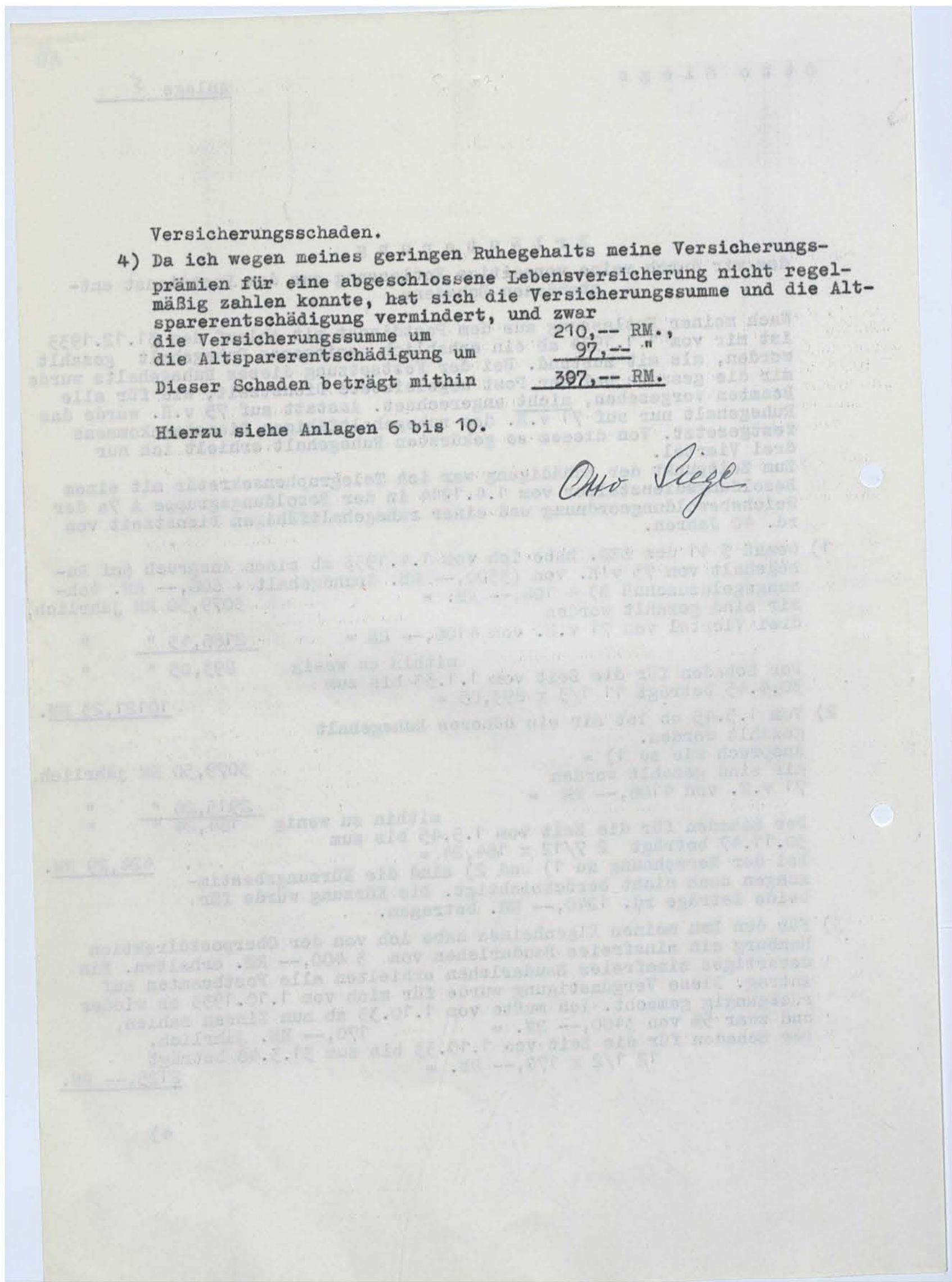
Bei der Berechnung zu 1) und 2) sind die Kürzungsbestimmungen noch nicht berücksichtigt. Die Kürzung würde für beide Beträge rd. 1240,-- RM. betragen.

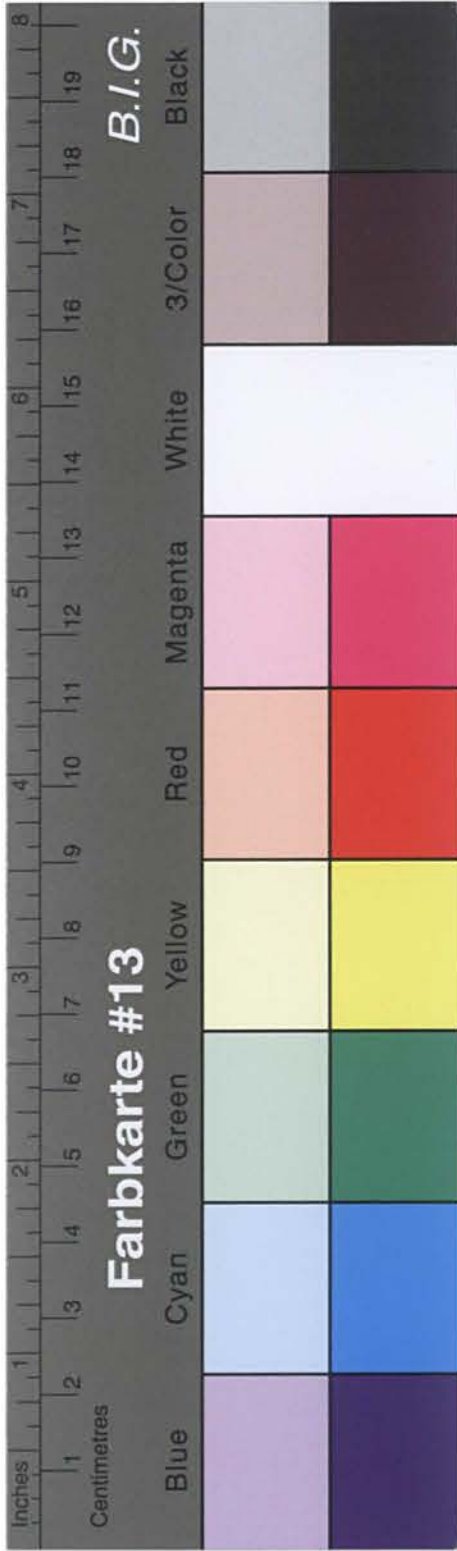
- 3) Für den Bau meines Eigenheimes habe ich von der Oberpostdirektion Hamburg ein zinsfreies Baudarlehen von 3 400,-- RM. erhalten. Ein derartiges zinsfreies Baudarlehen erhielten alle Postbeamten auf Antrag. Diese Vergünstigung wurde für mich vom 1.10.1933 ab wieder rückgängig gemacht. Ich mußte vom 1.10.33 ab nun Zinsen zahlen, und zwar 5% von 3400,-- RM. = 170,-- RM. jährlich.
Der Schaden für die Zeit vom 1.10.33 bis zum 31.3.46 beträgt $12 \frac{1}{2} \times 170,-- RM. =$ 2125,-- RM.

4)

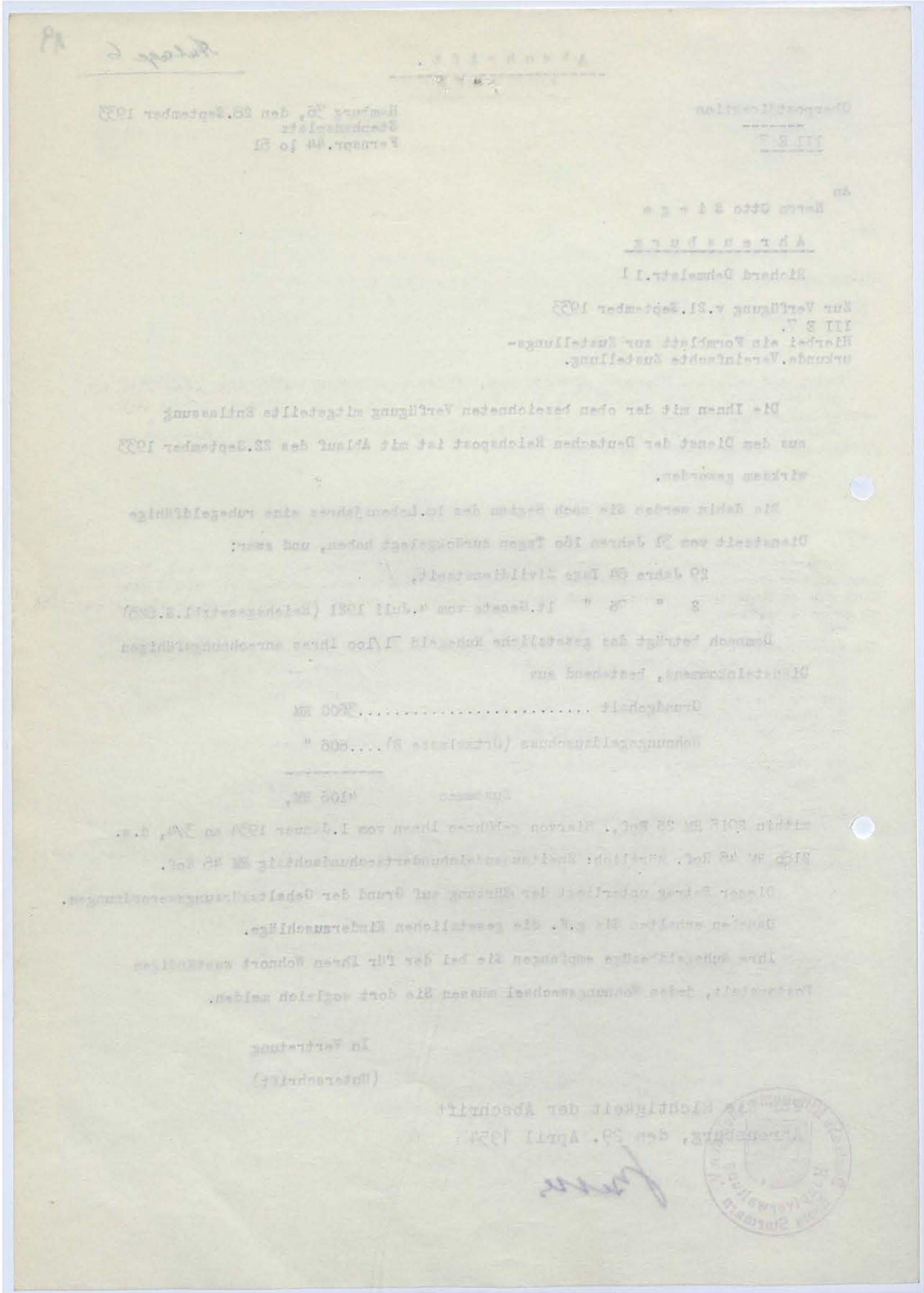


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Anlage 7 20

Abschrift (Anlage)

Der Präsident der Reichspostdirektion Hamburg 36, den 11. Juli 1945

III G 4

An
den TS a.D.
Herrn Otto Siege
(24) Ahrensburg

Umstehend erhalten Sie eine Neuberechnung Ihrer Versorgungsbezüge vom 1. Mai 1945 an.
Auf die neuen Bezüge werden a l l e bisher vom 1.5.45 an bezogenen Versorgungs-
bezüge angerechnet werden.
Kinderzuschlag regelt gegebenenfalls das für Sie zuständige Postamt ; Nachfragen
dieserhalb sind dorthin zu richten.

Im Auftrag
(Unterschrift)

Nach den Weisungen der Militärregierung soll den auf Grund des Gesetzes zur Wieder-
herstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 entlassenen Beamten das volle Ruhegehalt,
dass sie am Tage des Wirksamwerdens der Entlassung verdient hatten, mit Wirkung vom 1. Mai 1945
an gezahlt werden.
Bei der Berechnung des Ruhegehalts ist auch die Vordienstzeit, auf deren Anrechnung
als ruhegehaltfähige Dienstzeit kein gesetzlicher Anspruch besteht, zu berücksichtigen.
Bisherige ruhegehaltfähige Dienstzeit 31 Jahre 160 Tage
Hierzu die Vordienstzeit
vom 4.4.01 bis 30.6.04 +) - " 88 "
+) Gem. Amtsblv. Nr. 476/1927, Ziff. 4, bleiben
Zeiten bis zu 3 Jahren unberücksichtigt.

Die ruhegehaltfähige Dienstzeit beträgt
nunmehr 31 Jahre 248 Tage

Somit ist das Ruhegehalt vom 1. Mai an mit 71/100 zu errechnen.

Demnach beträgt das gesetzliche Ruhegeld 71/100 ~~des~~ des anrechnungsfähigen Diensteinkommens,
bestehend aus

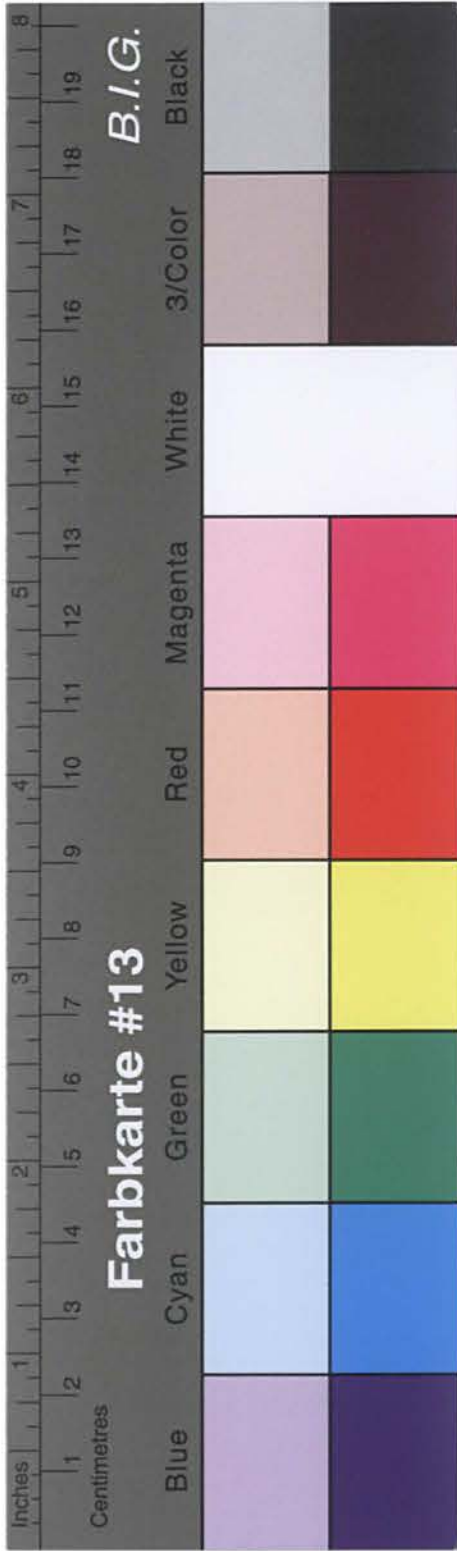
Grundgehalt	3 500 RM
Wohnungsgeldzuschuss (Ortsklasse B.)	606 "
Zusammen	4 106 RM,

mithin 2915 RM 26 Rpf.

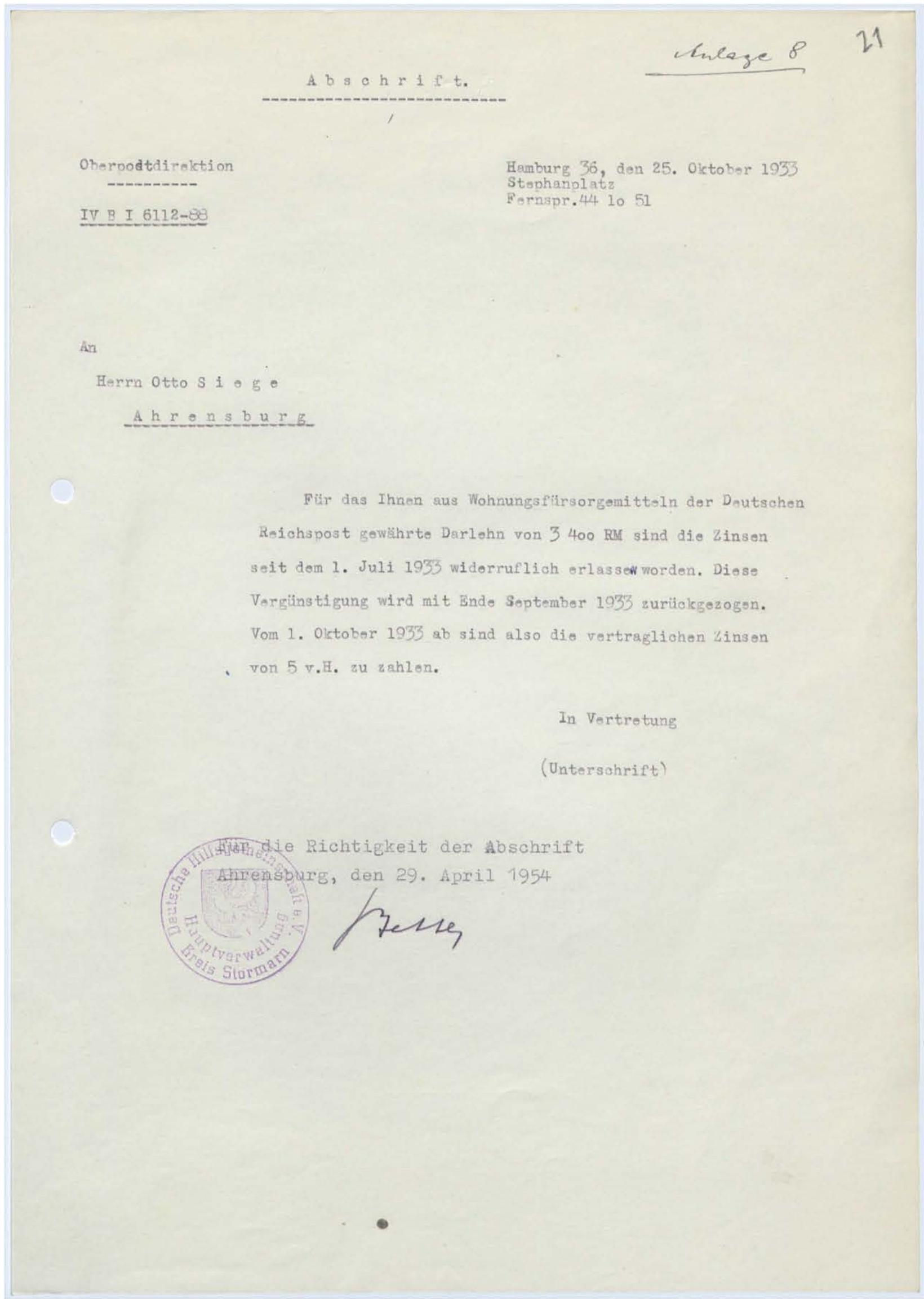
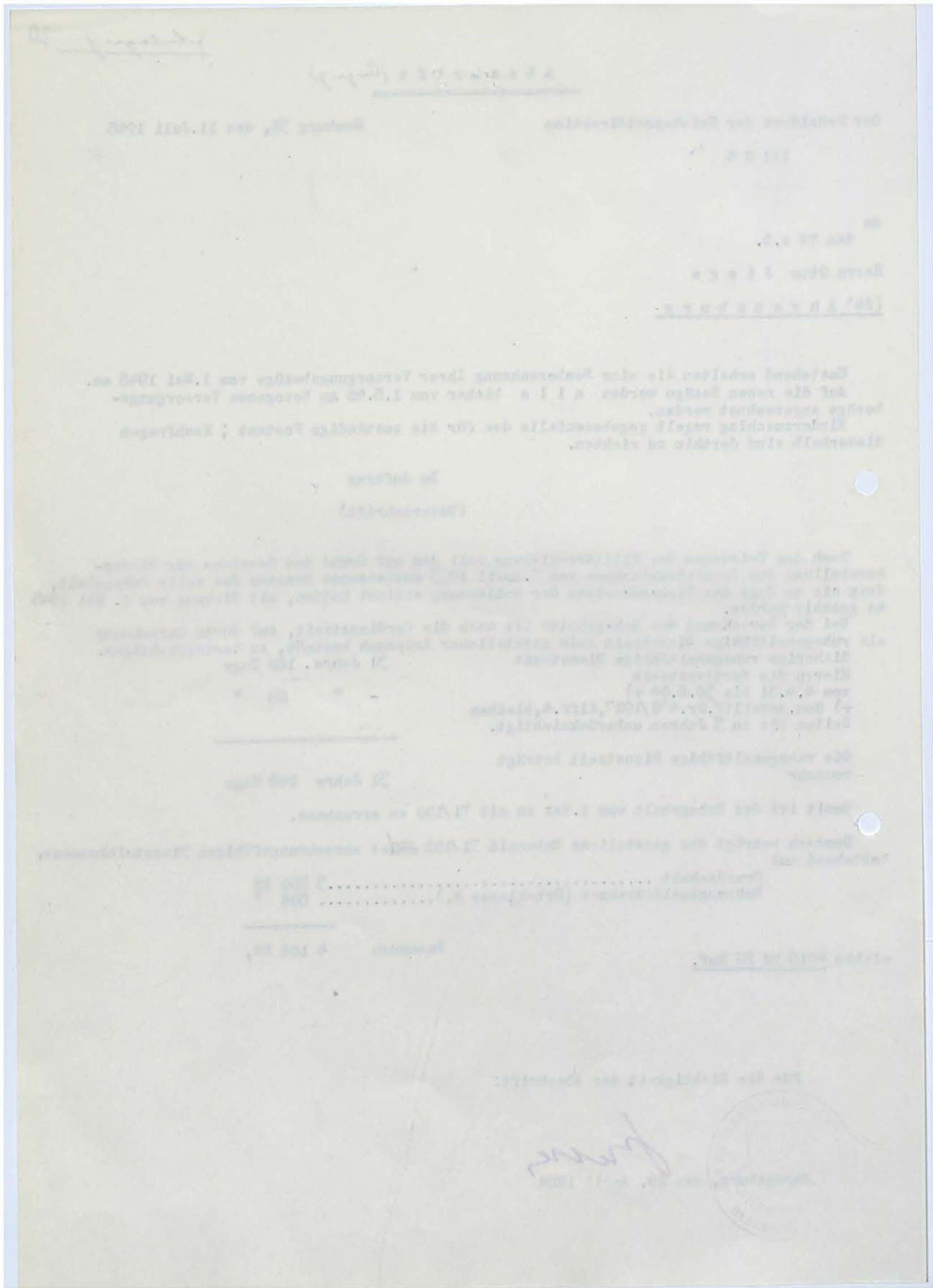
Für die Richtigkeit der Abschrift:

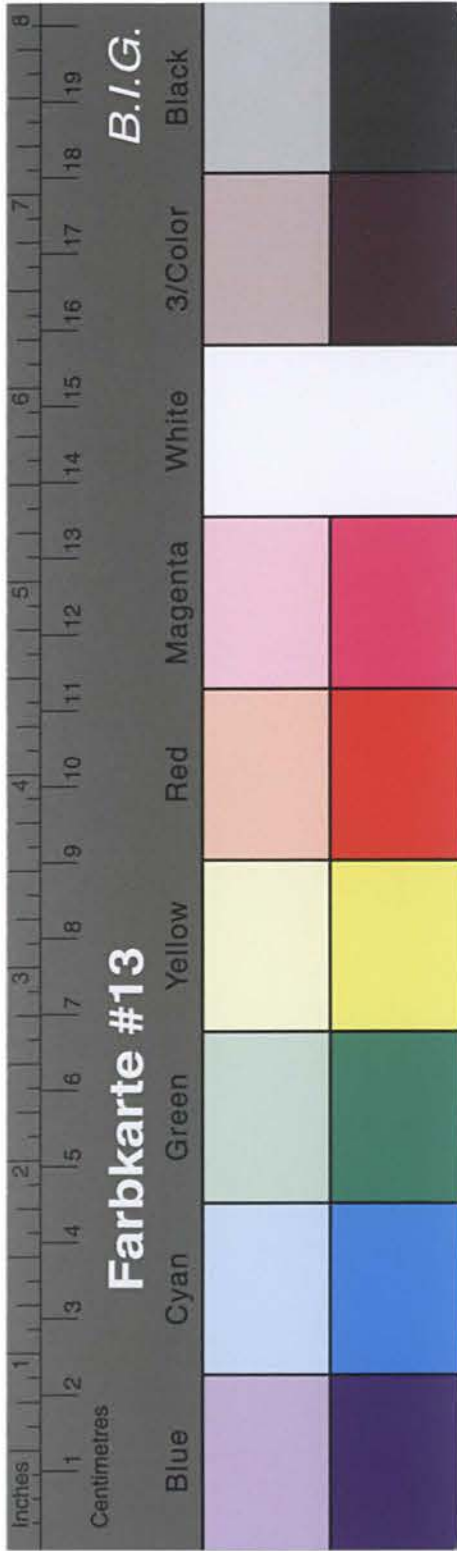
Ahrensburg, den 29. April 1954

Deutsche Hilfsgemeinschaft
Kreis Stormarn

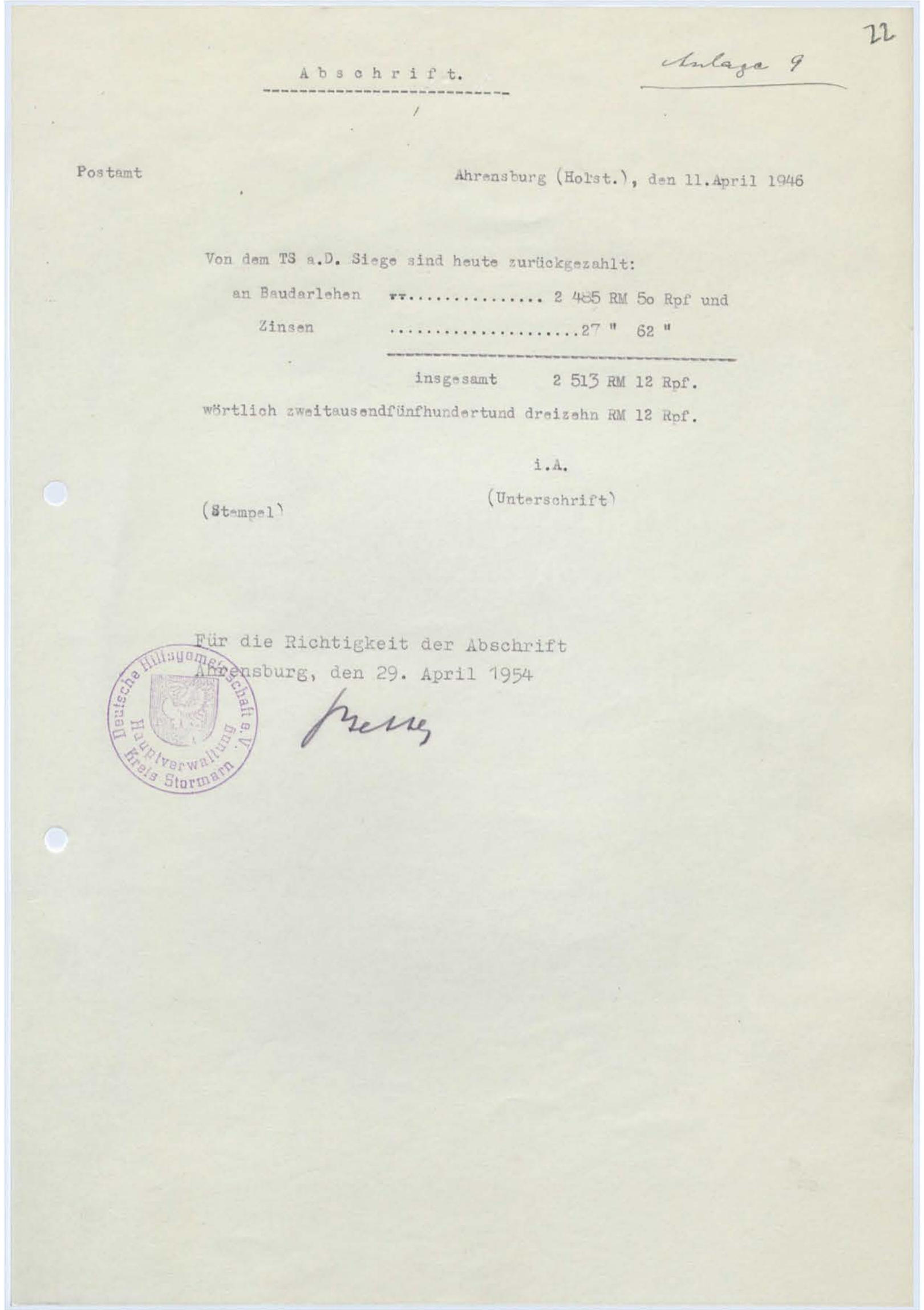
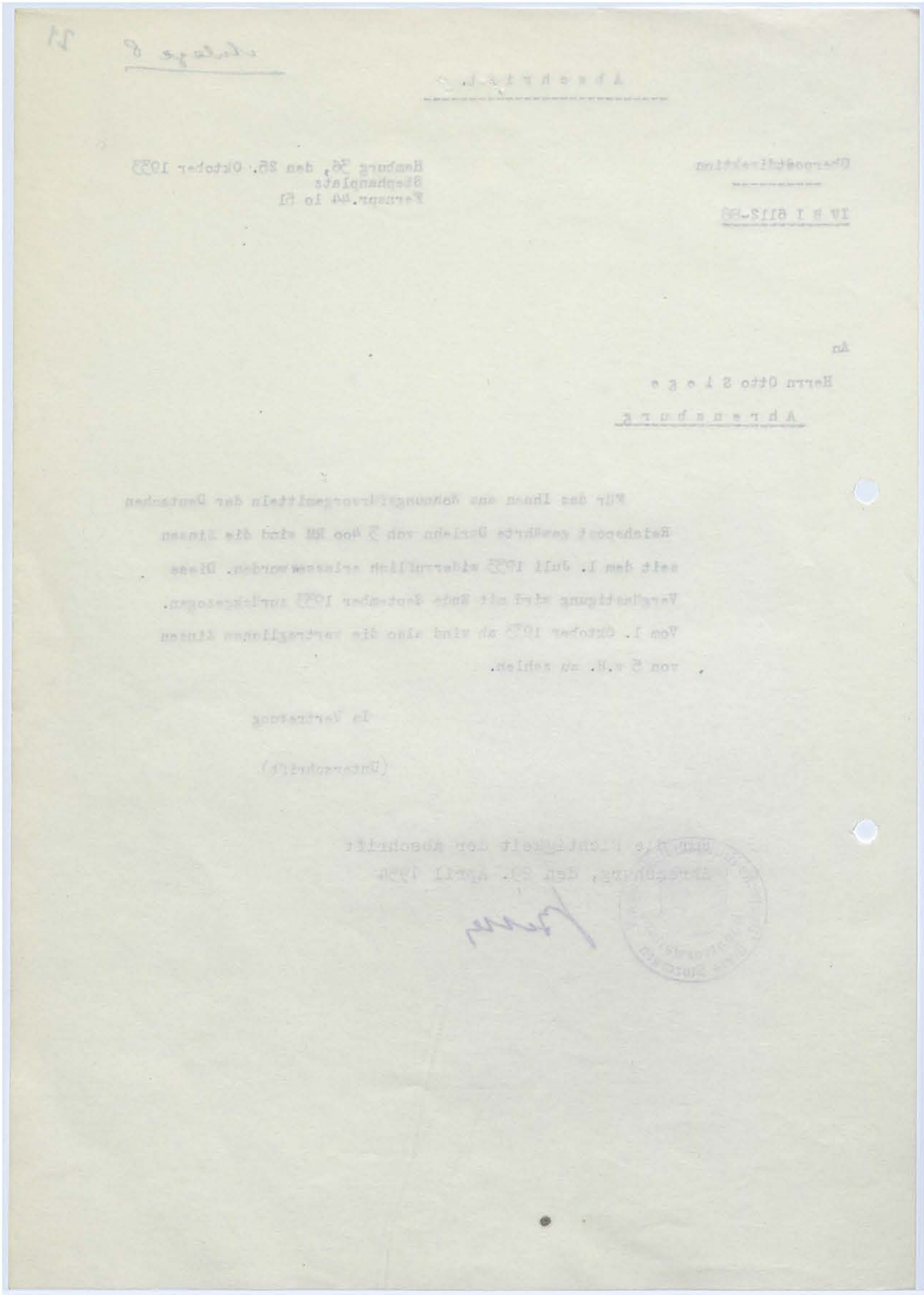


Kreisarchiv Stormarn B2



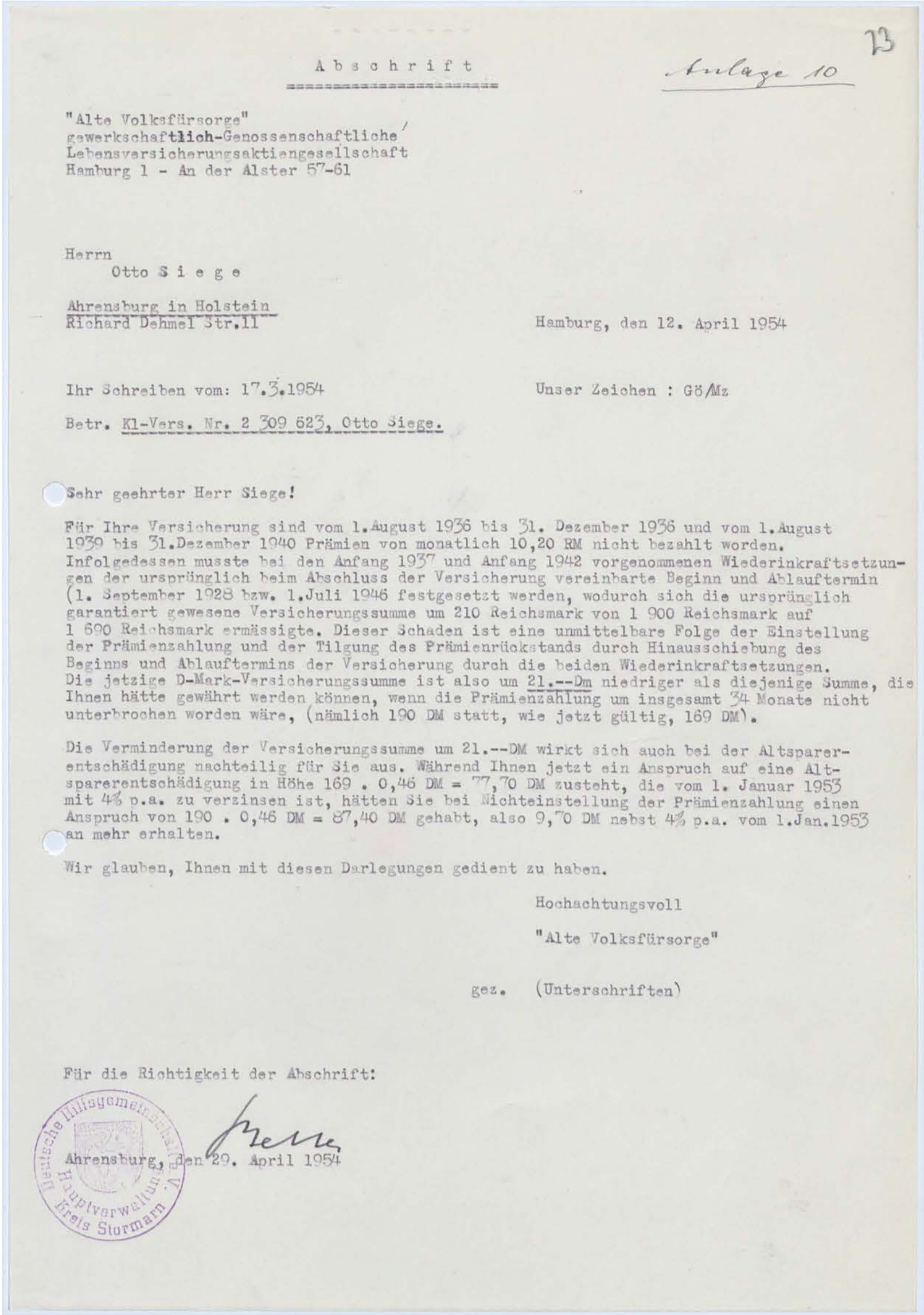
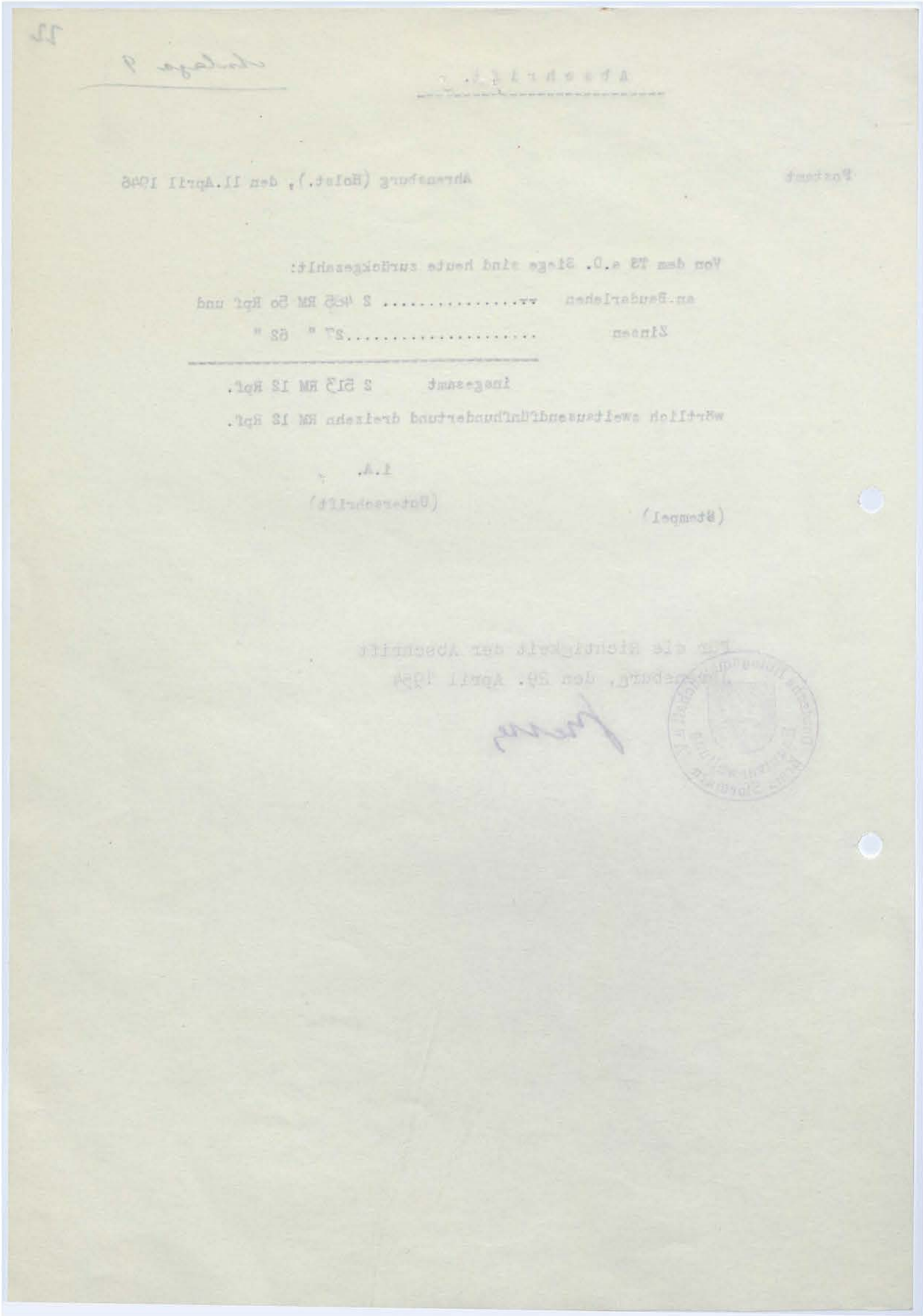


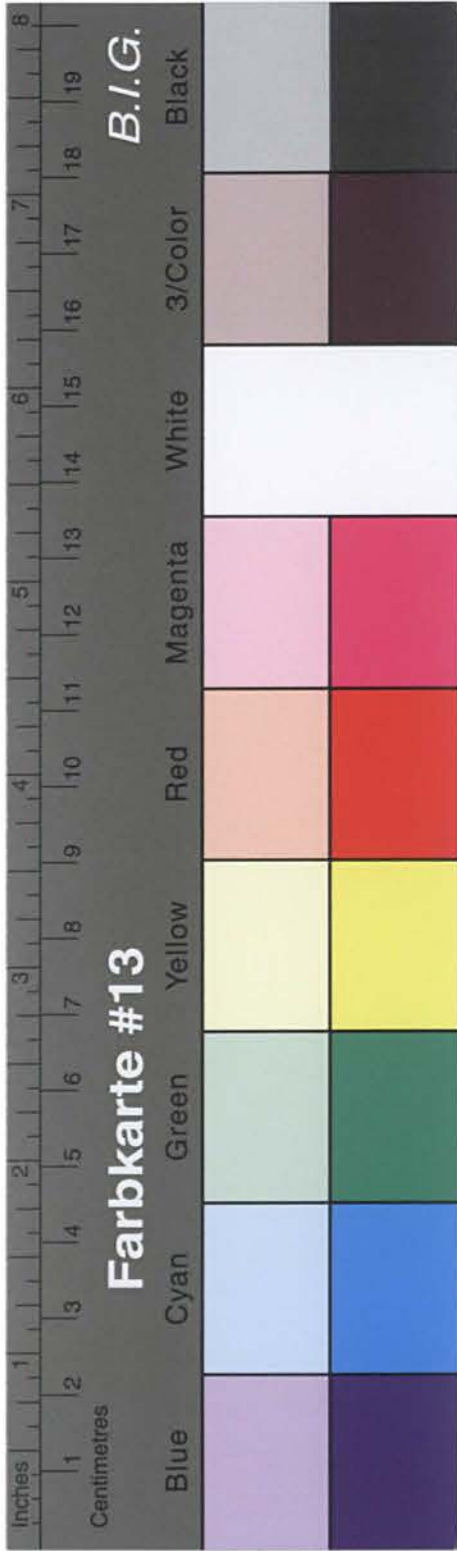
Kreisarchiv Stormarn B2



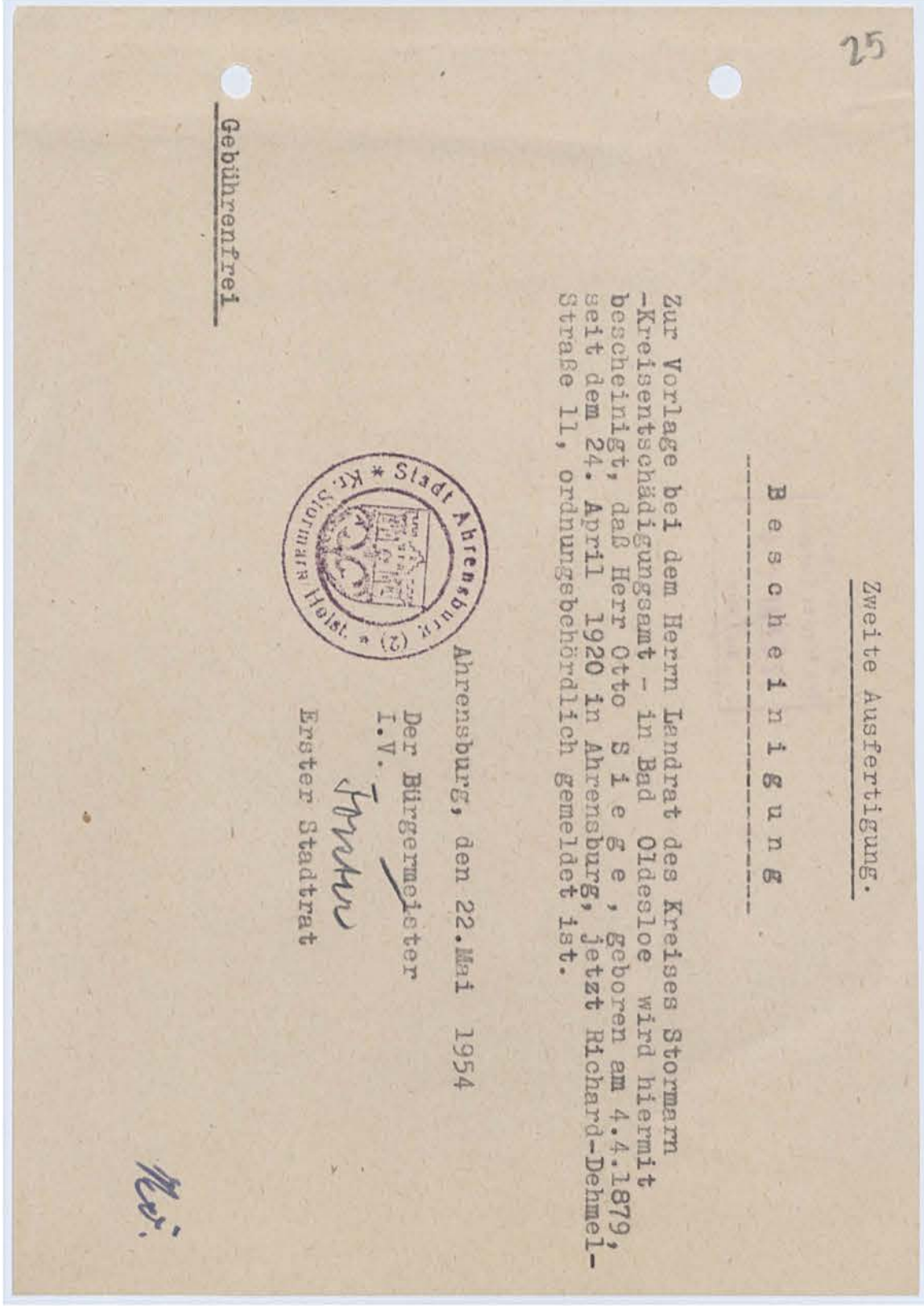
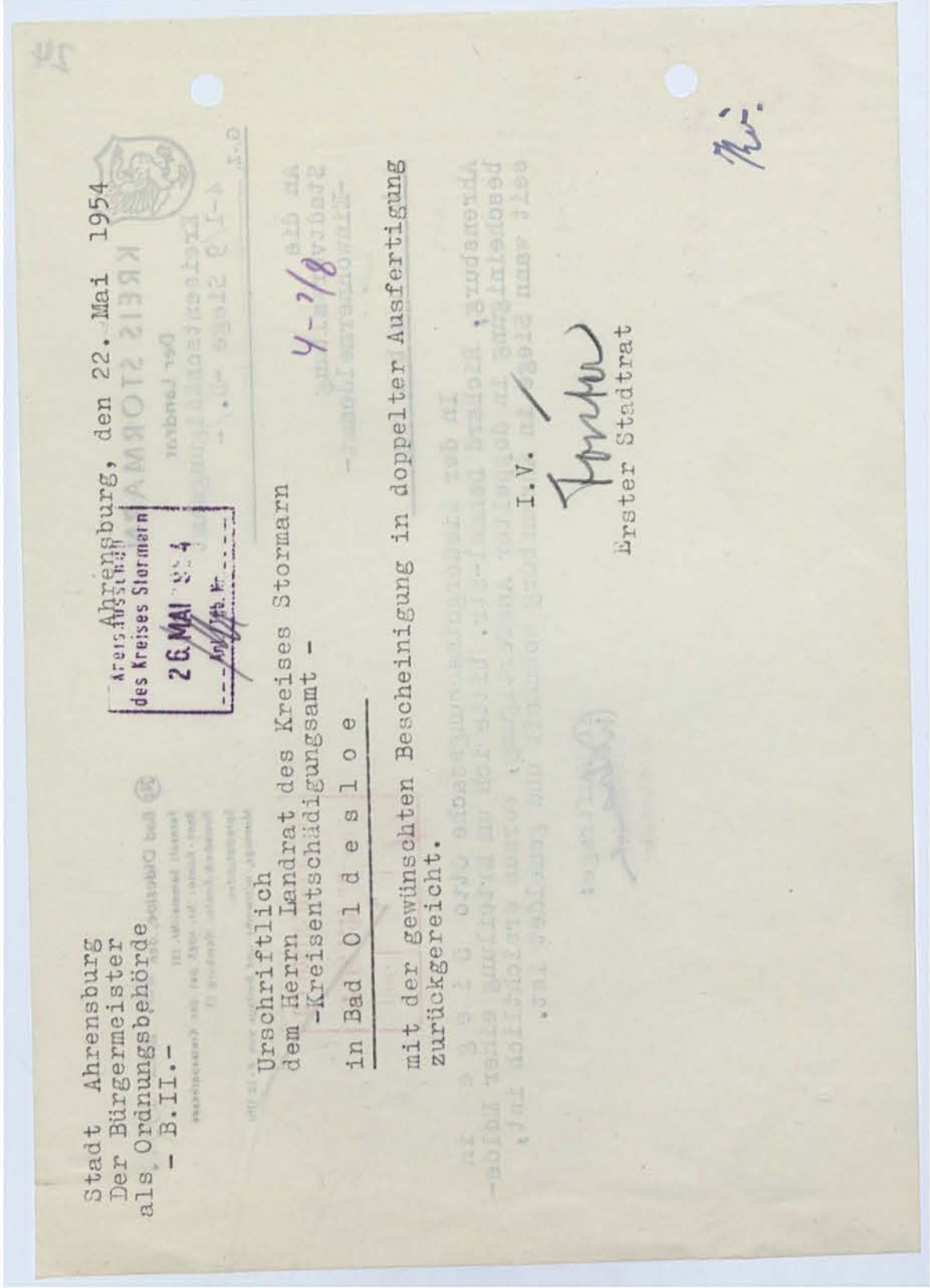


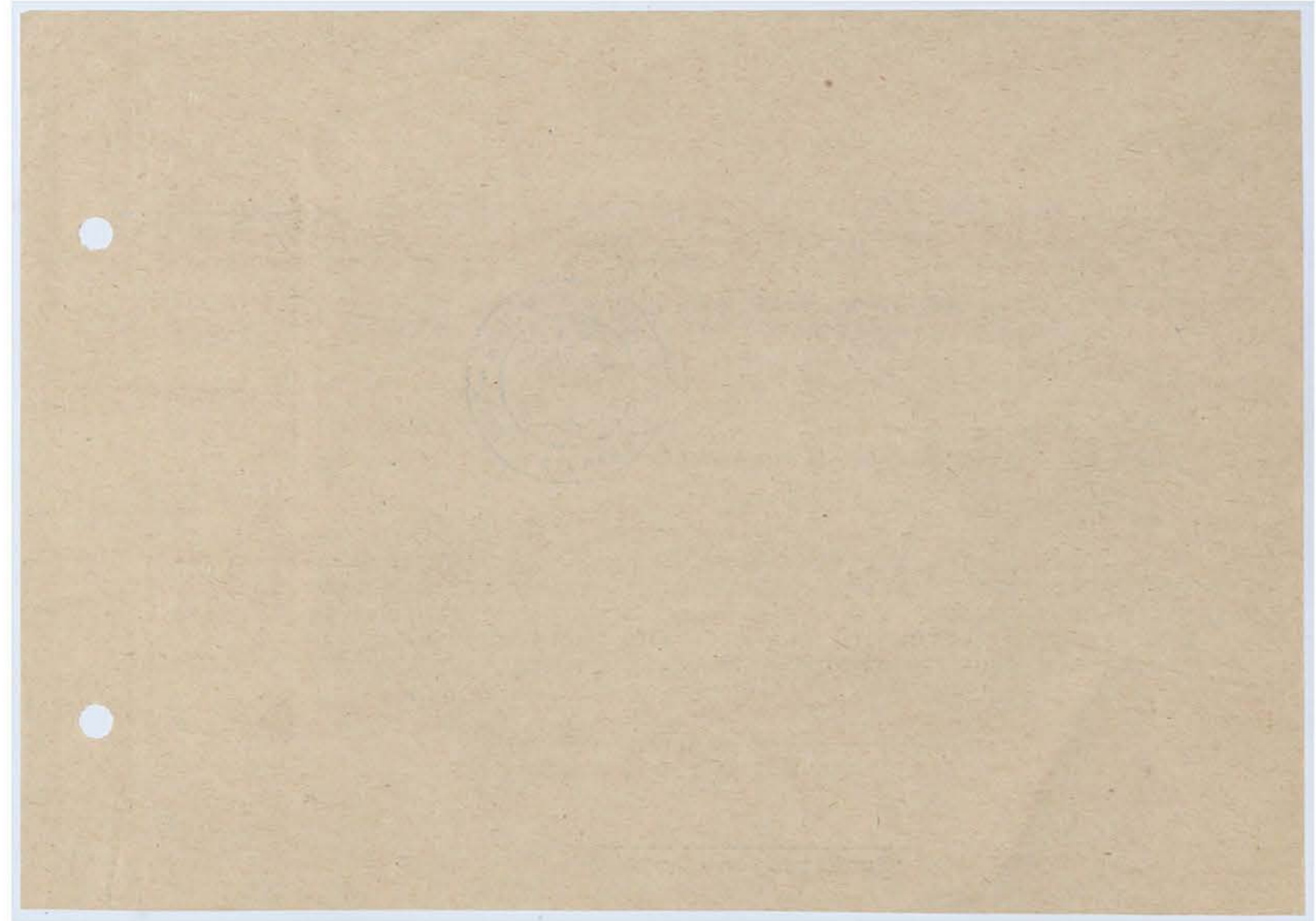
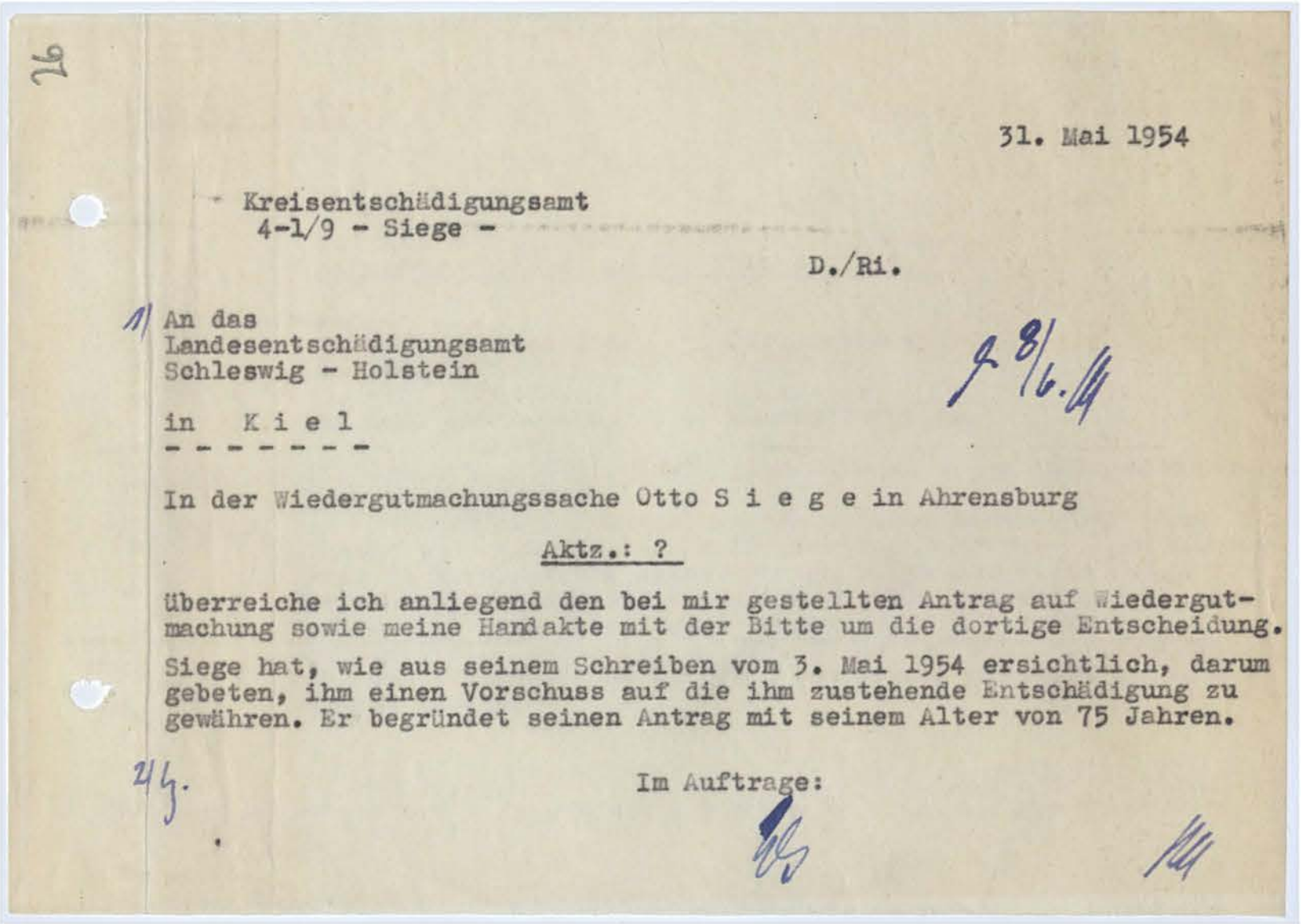
Kreisarchiv Stormarn B2





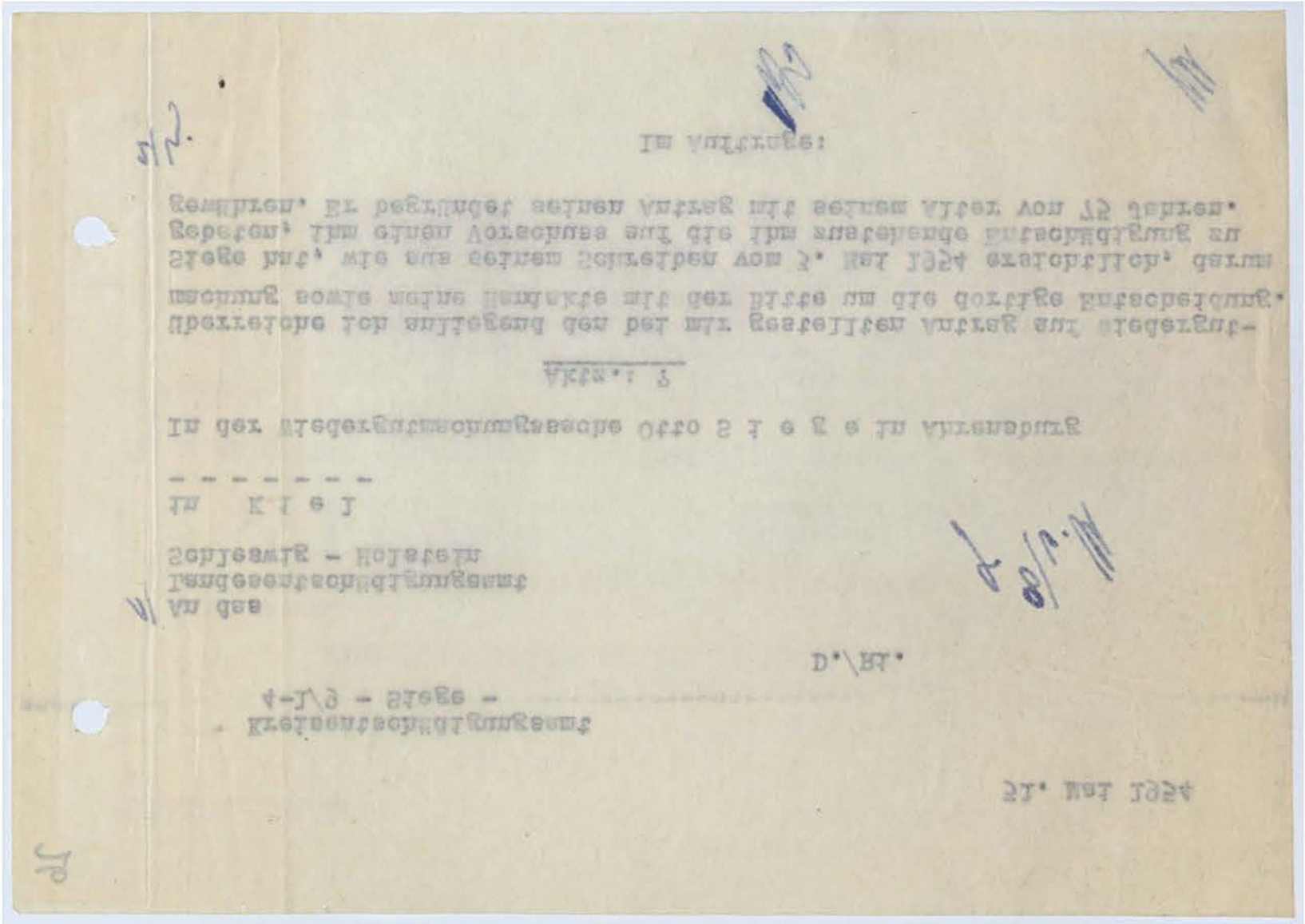
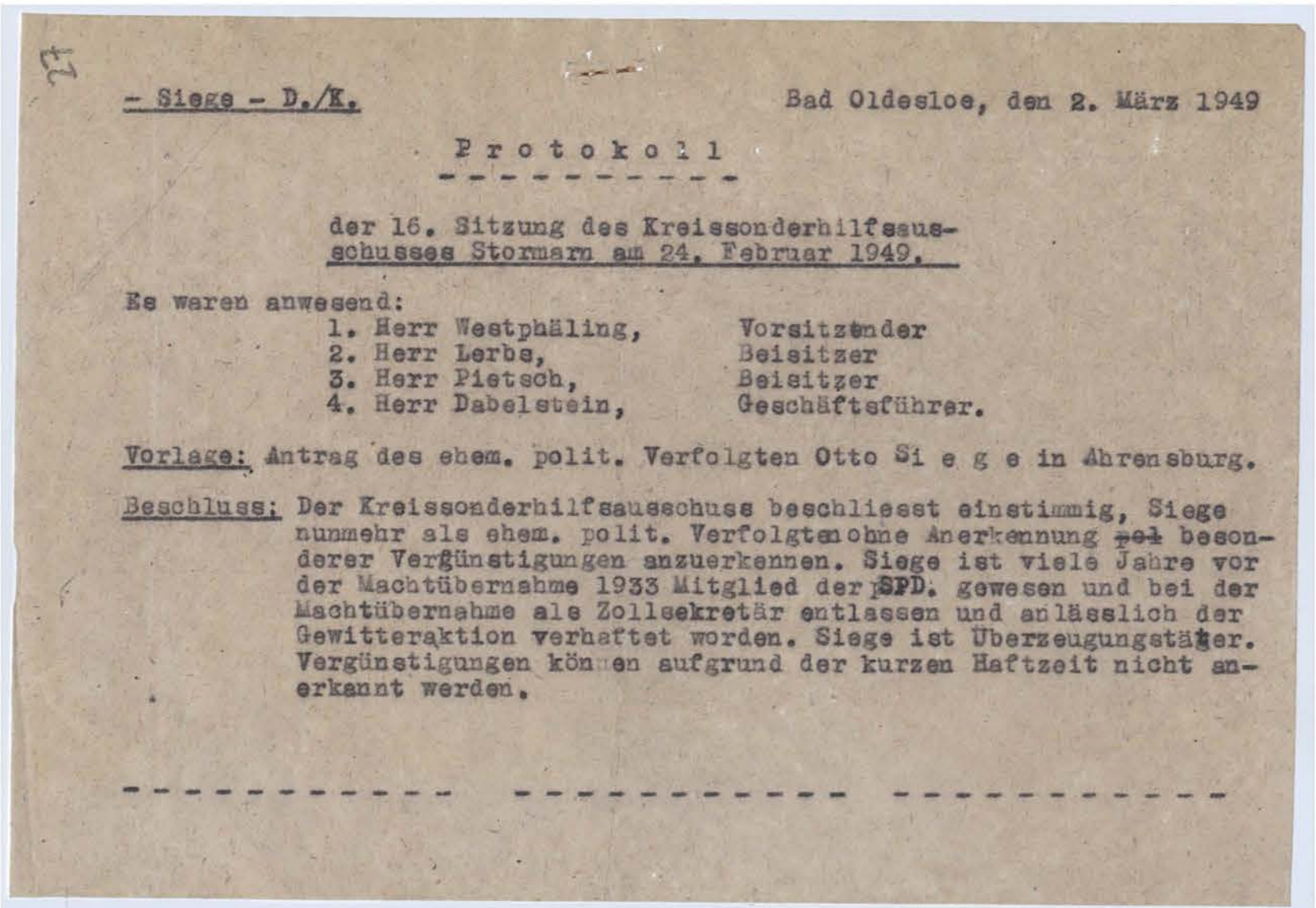
Kreisarchiv Stormarn B2





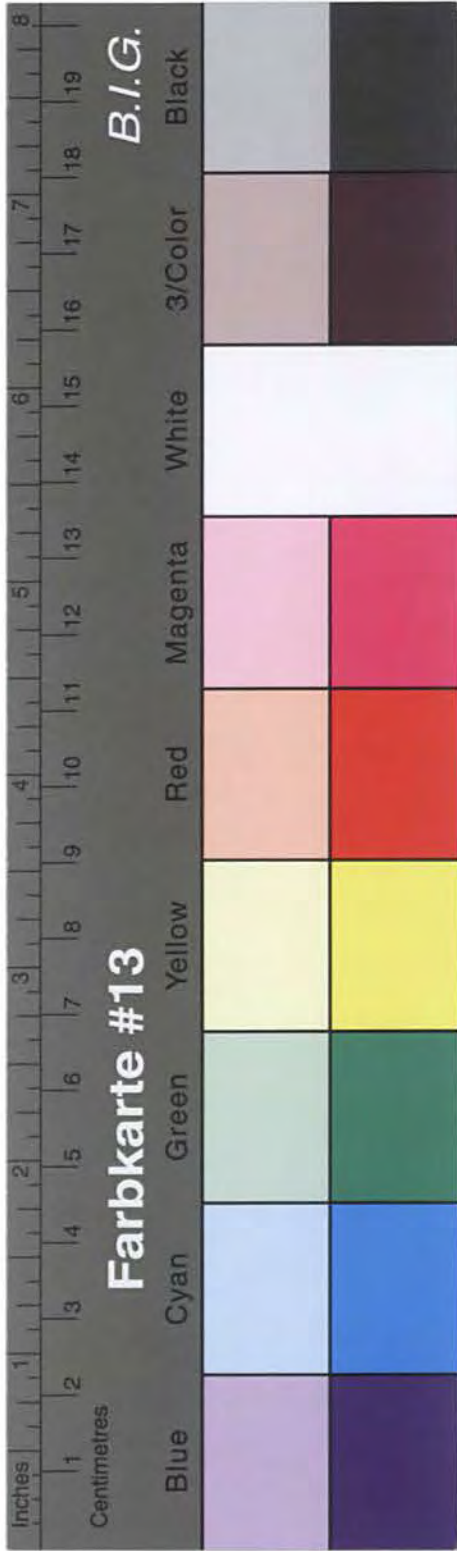
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

